Stenographisches Protokoll

**37. Sitzung der XIII. Wahlperiode des Burgenländischen Landtages
Montag, 14. September 1981**

Protokollauszug

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 5 Minuten

Anläßlich der Beschlußfassung der neuen Verfassung des Burgenlandes, der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages und der Gesetze zur Stärkung der direkten Demokratie, sowie zur Unterstreichung der Bedeutung und Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterien für das Bundesland Burgenland und seiner Bürger, hat der Präsident des Burgenländischen Landtages, OSR Matthias Pinter, neben den Abteilungsleitern des Amtes der Burgenländischen Landesregierung und den Bezirkshauptmännern, Vertretern der Rechtsprechung, der Interessenvertretungen und der Exekutive, sowie die Behördenleiter der Bundesbehörden in Eisenstadt, die Landesschulinspektoren, die Direktoren aller Eisenstädter Schulen und als Vertreter der Jugend des Landes die Landesschulsprecher in einem persönlichen Schreiben auf diese wohl wichtigste Sitzung des Landtages seiner insgesamt dreizehn Gesetzgebungsperioden aufmerksam gemacht und sie zugleich zur Teilnahme an dieser historischen Sitzung eingeladen.

Präsident Pinter: Ich eröffne die Sitzung.

Die amtliche Verhandlungsschrift der 36. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Da alle Tagesordnungspunkte in einem inhaltlichen Zusammenhang zueinander stehen, schlage ich eine gemeinsame Beratung vor. Es soll demnach zuerst die Berichterstattung über jeden Punkt der Tagesordnung erfolgen und anschließend eine gemeinsame Generaldebatte vorgenommen werden.

Im Anschluß an die Generaldebatte werde ich über das Eingehen in eine gemeinsame Spezialdebatte abstimmen lassen.

Die Abstimmung selbst über die einzelnen Tagesordnungspunkte erfolgt selbstverständlich getrennt.

Erhebt sich gegen diese Vorgangsweise ein Einwand? — Das ist nicht der Fall. Mein Vorschlag ist somit angenommen.

1. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen (Beilage 142) auf Erlassung eines Landesverfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG) (Zl. 13–76) (Beilage 153)

Präsident: Ich ersuche nunmehr den Herrn Berichtersteller, Abgeordneten Dr. Schmall, um seinen Bericht zum 1. Punkt der Tagesordnung, dem Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Landesverfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes (Zl. 13 – 76).

Berichtersteller **Dr. Schmall:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Es ist mir eine besondere Ehre, heute als Berichtersteller des Rechtsausschusses des Landtages fungieren zu können. Dieser heutige Tag wird mit Recht in der Geschichte unseres Landes als ein ganz besonderer Tag bezeichnet werden.

Vor 55 Jahren beschloß der Burgenländische Landtag eine Landesverfassung, die, wenn auch in einigen Teilen abgeändert, noch heute wirksam ist. Im 60. Jahr des Bestandes unseres Heimatlandes wird nunmehr die gesetzgebende Körperschaft ein neues Landesverfassungsgesetz beschließen. Nach jahrelangen, intensiven und im Geist der Zusammenarbeit geführten Verhandlungen zwischen den beiden großen Parteien unseres Landes, der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs, wurde ein Gesetzesvorschlag erarbeitet, von dem wir glauben, daß er den Erfordernissen unserer Zeit Rechnung tragen wird.

Der vorliegende Antrag berücksichtigt nicht nur die derzeit herrschenden gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Gegebenheiten unseres Landes, sondern ist auch ein Vorgriff auf die zukünftige Gestaltung des Zusammenlebens unserer Bürger in diesem Lande. Wesentliche Elemente der direkten Demokratie, auf die sowohl ich als auch die Debattenredner zu sprechen kommen werden, sind in der zu beschließenden neuen Fassung unseres Landesverfassungsgesetzes verankert.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß die burgenländische Bevölkerung, als deren Repräsentanten wir in diesem Hohen Hause wirken, von der gebotenen Möglichkeit der Mitwirkung im politischen Leben unseres Landes jenen Gebrauch machen wird, der zum Wohle und zum Nutzen unseres Heimatlandes gereicht.

So lassen Sie mich, meine Damen und Herren Abgeordneten, in ganz kurzen Zügen einige Feststellungen zum Gesetzesantrag machen. Ich will in ganz sachlicher Art und Weise nur auf einige Bestimmungen eingehen, von denen ich glaube, daß sie erwähnenswert sind und zum Teil neues Recht beinhalten.

In 91 Artikeln wird unsere neue Landesverfassung die Hausordnung für unser Land in der Zukunft darstellen. In sechs große Abschnitte ist dieses Gesetzeswerk unterteilt.

In den allgemeinen Bestimmungen sind Begriffsbestimmungen über die Staatsform, über die Staatsgewalt, über das Landesgebiet, über die Landesbürger, über die Parteien, die erstmals in dieses Gesetz

aufgenommen wurden, über die Landeshauptstadt, über die Landessymbole und über den Sitz der obersten Organe enthalten.

Der zweite Abschnitt befaßt sich mit der Gesetzgebung des Landes. Hier wird zunächst der Landtag behandelt. Neu aufgenommen wurden Bestimmungen über die Landtagsklubs. In einer modernen Sprache wurden Bestimmungen über die Aufgaben der Landtagsabgeordneten aufgenommen. Mit der Stellung der Mitglieder des Landtages befaßt sich der nächste Unterabschnitt. Er behandelt das freie Mandat und die persönliche Immunität, die den bundesgesetzlichen Vorschriften angeglichen wurde.

Den Weg der Landesgesetzgebung beinhaltet der nächste Unterabschnitt. Das Volksbegehren und die Volksabstimmung möchte ich als die wichtigsten Bestimmungen in diesem Abschnitt bezeichnen.

Der Unterabschnitt über die Mitwirkung an der Vollziehung beinhaltet unter anderem die Erstellung eines Finanzplanes, die Verankerung der Landesauschüsse und das Enqueterecht, das wir neu in diesen Unterabschnitt aufgenommen haben.

Die Vollziehung des Landes ist im Teil III geregelt. Er beinhaltet im wesentlichen die Organe der Vollziehung und die Zusammensetzung der Landesregierung, ein Teil, der aus einer Novelle der derzeit gültigen Landesverfassung rezipiert wurde. Der Abschnitt B behandelt die Funktion des Landeshauptmannes, seine Aufgaben und seine Vertretung. Im Abschnitt C wird die Volksbefragung, die Bürgerinitiative und die Bürgerbegutachtung sowie die Volksanwaltschaft behandelt. Das Amt der Landesregierung ist im Abschnitt D verankert. Beim Abschnitt E, Gebarungskontrolle, möchte ich besonders auf den Umstand hinweisen, daß nunmehr der Landeskontrollausschuß und das Landeskontrollamt in einer ganz modernen Fassung Bestandteile der Landesverfassung sein werden.

Im Abschnitt IV werden die Vereinbarungen mit dem Bund und den anderen Bundesländern behandelt, die neu formuliert wurden, aber im wesentlichen das geltende Recht nicht ändern.

Im Abschnitt V werden die Gemeinden behandelt, im Abschnitt VI sind die Übergangsbestimmungen verankert.

Es erübrigt sich natürlich meinerseits näher auf die einzelnen Bestimmungen einzugehen, weil dies Sache der Debattenredner ist. Aber auf einen Umstand möchte ich doch hinweisen und zwar auf den, daß dieses Gesetz nach seiner Beschlußfassung am 4. Oktober 1982 in Kraft treten soll. Im Artikel 91 Absatz 2 heißt es dann weiter, daß die Bestimmungen über die Zusammensetzung der Landesregierung, das ist Artikel 51 Absatz 1, und die Wahl ihrer Mitglieder, Artikel 53 Absatz 2 und 7, sowie über die Gebarungskontrolle, Artikel 74 bis 80, mit Beginn der nach dem 30. September neu anlaufenden Gesetzgebungsperiode des Landtages in Kraft treten sollen.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf nun den Bericht des Rechtsausschusses zur Verlesung bringen.

Der Bericht lautet: Der Rechtsausschuß hat den Initiativantrag auf Erlassung eines Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes in seiner 21. Sitzung am 11. September 1981 in Beratung genommen. Abgeordneter Dr. Schmall erstattete den Bericht und stellte den Antrag, den Gesetzesantrag unverändert anzunehmen.

Der Obmann, Abgeordneter Moser, stellte den Antrag, im Hohen Hause zu beantragen, unmittelbar nach der zweiten Lesung die dritte Lesung vorzunehmen.

Sowohl der Antrag des Berichterstatters als auch der Antrag des Obmannes des Rechtsausschusses wurden einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuß beantragt daher, den Initiativantrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes (L-VG) (Zl. 13 – 76) unverändert anzunehmen. Außerdem beantragt der Rechtsausschuß, die dritte Lesung unmittelbar nach der zweiten Lesung vorzunehmen.

2. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen (Beilage 143) auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksbegehren (Burgenländisches Volksbegehrengesetz) (Zl. 13–77) (Beilage 154)

Präsident: Es folgt nun der Bericht zum 2. Punkt der Tagesordnung, dem Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksbegehren (Burgenländisches Volksbegehrengesetz) (Zl. 13–77). Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Elli Zipser. Ich bitte um Ihren Bericht, Frau Abgeordnete.

Berichterstatter Elli Zipser: Herr Präsident! Hohes Haus! Im Artikel 30 der heute zu beschließenden Landesverfassung ist die Möglichkeit von Volksbegehren verankert. Der Absatz 5 dieses Artikels sieht die Erlassung eines Landesgesetzes für das Durchführungsverfahren vor. Mit der Vorlage 13 – 77 wird nunmehr der Antrag auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksbegehren gestellt.

Das Volksbegehrengesetz ist in fünf Abschnitte unterteilt. Im Abschnitt I ist festgelegt, daß mindestens 10.000 zum Burgenländischen Landtag wahl-

berechtigte Bürger das Recht haben, ein Verlangen auf Erlassung, Änderung oder Aufhebung von Gesetzen zu stellen. Dieses Recht gilt auch auf Verlangen von mindestens zehn Gemeinden auf Grund von einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen.

Im Abschnitt II werden die Antragsform, die Zulässigkeit, die Eintragungsfrist und der Stichtag behandelt.

Die Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren ist bei der Burgenländischen Landesregierung zu beantragen. Der Antrag muß mindestens von 3.000 zum Burgenländischen Landtag wahlberechtigten Bürgern unterzeichnet sein. Das Volksbegehren muß in Form eines Gesetzesentwurfes gestellt werden.

Der Abschnitt III behandelt das Eintragungsverfahren.

Der Abschnitt IV schreibt das Ermittlungsverfahren vor.

Der Abschnitt V regelt die Anfechtung der Ergebnisse, die Weiterleitung an die Landesregierung und Übermittlung an den Landtag, Strafen für falsche Unterschriften oder mehrfache Eintragungen und schließlich Fristen, Kostenersatz und Inkrafttreten, wobei der 4. Oktober 1982 festgelegt wird.

Der Rechtsausschuß hat sich mit dieser Materie sehr eingehend beschäftigt und empfiehlt dem Hohen Haus die unveränderte Annahme. Außerdem beantrage ich im Namen des Rechtsausschusses, daß das Hohe Haus unmittelbar nach der zweiten Lesung die dritte Lesung vornehmen soll.

3. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen (Beilage 144) auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksabstimmungen (Burgenländisches Volksabstimmungsgesetz) (Zl. 13–78) (Beilage 155)

Präsident: Abgeordneter Dr. Schmall ist Berichterstatter zum 3. Punkt der Tagesordnung, dem Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes für das Verfahren bei der Durchführung von Volksabstimmungen (Burgenländisches Volksabstimmungsgesetz) (Zl. 13 – 78).

Bitte, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Dr. Schmall:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der vorliegende Gesetzesantrag ist eine Ausführungsbestimmung des Artikels 33 der zu beschließenden Landesverfassung. Er behandelt die Volksabstimmung. Demnach ist nach § 1 dieses Ausführungsgesetzes ein Gesetzesbeschluß des Land-

tages nach Beendigung des Verfahrens gemäß Artikel 33 L-VG jedoch vor seiner Beurkundung und Gegenzeichnung einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn es der Landtag beschließt oder von mindestens 15.000 zum Landtag wahlberechtigten Bürgern schriftlich verlangt wird.

Den Damen und Herren Abgeordneten ist die Vorlage bekannt. Ich darf daher nähere Einzelheiten außer Acht lassen und nur auf eines hinweisen, daß gemäß § 25 dieses Gesetzesantrages das Inkrafttreten mit 4. Oktober 1982 vorgesehen ist.

Der Rechtsausschuß hat den Initiativantrag auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksabstimmungen (Burgenländisches Volksabstimmungsgesetz) in seiner 21. Sitzung am 11. September 1981 in Beratung genommen und beschlossen, den Gesetzesantrag über das Burgenländische Volksabstimmungsgesetz unverändert anzunehmen.

Der Obmann, Abgeordneter Moser, stellte den Antrag, im Hohen Hause zu beantragen, unmittelbar nach der zweiten Lesung die dritte Lesung vorzunehmen.

Der Antrag des Obmannes des Rechtsausschusses wurde einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuß beantragt daher, den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksabstimmungen (Zl. 13 – 78) unverändert anzunehmen. Außerdem beantragt der Rechtsausschuß, die dritte Lesung unmittelbar nach der zweiten Lesung vorzunehmen.

4. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen (Beilage 145) auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksbefragungen (Burgenländisches Volksbefragungsgesetz) (Zl. 13–79) (Beilage 156)

Präsident: Zum 4. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes über das Verfahren bei der Durchführung von Volksbefragungen (Burgenländisches Volksbefragungsgesetz) (Zl. 13 – 79) ist Abgeordneter Posch Berichterstatter.

Ich bitte um seine Ausführungen.

Berichterstatter **Posch:** Herr Präsident! Hohes Haus! Mit dem zur Beratung stehenden Gesetz erhält nunmehr die Landesregierung die Möglichkeit, den

Willen der Landesbürger für einzelne Bereiche der Gesetzgebung zu erfragen. Es kann dies das ganze Land, eine Region oder auch nur Gemeinden betreffen. Aber ebenso wie die Landesregierung können auch 10.000 wahlberechtigte Landsleute eine Volksbefragung verlangen. Dieses Gesetz soll eine Entscheidungshilfe sein für die Landesregierung und mit dem Beschluß der neuen Landesverfassung soll daher die Demokratisierung weit in alle Bereiche des öffentlichen Lebens reichen.

Das neue Volksbefragungsgesetz ist eine der Möglichkeiten, um diesem Ziel näher zu kommen.

Der Rechtsausschuß hat am 11. September in seiner Sitzung beschlossen, dem Hohen Haus die unveränderte Annahme des Gesetzesantrages zu empfehlen und im Anschluß an die zweite Lesung sofort die dritte Lesung vorzunehmen.

5. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen (Beilage 146) auf Erlassung eines Gesetzes über die Bürgerinitiative und die Bürgerbegutachtung (Zl. 13–80) (Beilage 157)

Präsident: Berichterstatter zum 5. Punkt der Tagesordnung, dem Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes über die Bürgerinitiative und die Bürgerbegutachtung (Zl. 13–80) ist Herr Abgeordneter Dr. Schmall. Ich bitte um Ihren Bericht, Herr Abgeordneter.

Berichterstatter **Dr. Schmall:** Herr Präsident! Hoher Landtag! Der vorliegende Gesetzentwurf ist eine Ausführungsbestimmung des Artikel 68 der zu beschließenden Landesverfassung.

Gemäß § 1, Absatz 1 dieses Gesetzesantrages soll jeder Landesbürger das Recht haben, in allen Angelegenheiten, die von Organen des Landes wahrzunehmen sind, die Vornahme einer bestimmten, den Aufgabenbereich einer Gemeinde übersteigenden Maßnahme durch die Landesregierung zu beantragen.

Laut Absatz 2 soll sich eine Initiative sowohl auf den Bereich der Hoheitsverwaltung des Landes beziehen können, als auch an das Land als Träger von Privatrechten richten können, soweit die Landesregierung dafür zuständig ist. Eine Initiative kann sowohl ein Tun als auch ein Unterlassen von Seiten des Landes begehren.

Dieser Gesetzesantrag wurde im Rechtsausschuß am 11. September in seiner 21. Sitzung behandelt und einstimmig und unverändert angenommen.

Den Damen und Herren Abgeordneten ist die Gesetzesvorlage bekannt. Ich beantrage daher auch

im Hohen Haus die unveränderte Annahme des Gesetzesantrages.

Außerdem beantragt der Rechtsausschuß, die dritte Lesung unmittelbar nach der zweiten Lesung vorzunehmen.

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen (Beilage 147) auf Erlassung eines Gesetzes über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages (Zl. 13–81) (Beilage 158)

Präsident: Der 6. Punkt der Tagesordnung ist der Bericht des Abgeordneten Posch über den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Gesetzes über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages (Zl. 13–81). Bitte, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter **Posch:** Durch die heute in Verhandlung stehenden Gesetze, welche sich selbstverständlich auch auf die zukünftige Arbeit des gesetzgebenden Landtages auswirken, wurde es zwingend notwendig, daß eine neue Geschäftsordnung in Beratung genommen und beschlossen wird.

Wir wollen damit weitestgehend Vorsorge treffen, daß bei so wichtigen Aufgaben, wie etwa bei der Wahl des Präsidiums, der Wahl des Landeshauptmannes und der Landesregierung, oder für den Ablauf der Sitzungen keine Unklarheiten bestehen.

Die vielen neu zu beschließenden Möglichkeiten, Aufgaben, Rechte und Pflichten der Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag bedürfen zu ihrer Übersetzung in die Praxis erst recht ein wohl durchdachtes Reglement. Es sind dies unter anderem die Antragstellung, die Anfragemöglichkeiten an Regierungsmitglieder, die Fragen der landeseigenen Kontrolle, die Auftragsgebung an den Rechnungshof und ähnliche Angelegenheiten.

Ich bin daher beauftragt, im Namen des Rechtsausschusses die unveränderte Annahme zu empfehlen und im Anschluß an die zweite Lesung sofort die dritte vornehmen zu lassen.

Generaldebatte

Präsident: Wir gehen nun in die Generaldebatte über alle Tagesordnungspunkte ein.

Als erstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Dipl. Ing. Karall das Wort.

Abgeordneter **Dipl. Ing. Karall (ÖVP):** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Landeshauptmann hat in der Regierungserklärung am 30. Oktober 1978 fest-

gestellt, daß dieser Tag ein historischer Tag sei. Ich sage zu Recht! An diesem Tag ging nämlich die längste erste Sitzung einer Gesetzgebungsperiode in der Geschichte des Burgenlandes zu Ende. Bekanntlich hat die Sitzung vom 27. Oktober 1977 mit sieben Unterbrechungen bis zum 30. Oktober 1978 gedauert. Und sie steht sowohl hinsichtlich der Bedeutung aber auch hinsichtlich der Art der Abwicklung ohne Vergleich da.

An jenem 30. Oktober 1978 hat das Burgenland nach fast einjähriger Unterbrechung wieder eine, den geltenden burgenländischen Landesverfassungsbestimmungen konforme Landesregierung bekommen. Die bis dahin seit dem 27. Oktober 1977 tätige Landesregierung, die sich aus fünf gewählten Mitgliedern und einem vom Präsidenten ernannten Mitglied der Burgenländischen Landesregierung zusammensetzte, war bekanntlich nach dem Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes vom Juli 1979 verfassungswidrig zusammengesetzt.

An diesem Tag wurden die Landes-Verfassungsgesetznovelle 1978 und die Landtagswahlordnung 1978 vom Landtag verabschiedet und somit das erste Teilpaket als Ergebnis jener seinerzeit zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei im Herbst 1978 abgeführten Parteilinienverhandlungen verwirklicht.

Diese Verhandlungen waren notwendig und maßgebend, um überhaupt einmal einen Durchbruch zu gemeinsamen Auffassungen in den wichtigsten Fragen zu erzielen.

Dieses Ergebnis bedeutete gleichsam grünes Licht für folgende Maßnahmen:

1. für die Realisierung des zweiten Teiles des Paketes, der die Aufnahme der Bildung des Landeskontrollausschusses mit dem Landeskontrollamt beziehungsweise des Rechtes der Anfechtung von Landesgesetzen beim Verfassungsgerichtshof durch ein Drittel der Landtagsabgeordneten in die Landesverfassung betrifft, was bekanntlich dann am 15. Dezember 1978 auch erfolgt ist und
2. zu einer weiteren Reform der bestehenden Landesverfassung 1926 beziehungsweise zu deren Neukodifizierung in einer Gesamtreform und gleichzeitig auch zu einer Gesamtreform der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages.

Hohes Haus! Damit war ein jahrelang dauernder Streit zwischen den im Landtag vertretenen Parteien um die Zusammensetzung der Landesregierung, um die Zahl ihrer Mitglieder, die Art der Zuteilung der Regierungsmandate einerseits und um die wichtigsten Bestimmungen der Landtagswahlordnung, wie Wahlkreiseinteilung, Zahl der Abgeordneten sowie das Ermittlungsverfahren andererseits, beendet.

Den harten Kern der Konfrontation bildete die Anwendung des Dirimierungsrechtes des Herrn Landeshauptmannes im Falle einer paritätisch zusammengesetzten Landesregierung, wie ja dies bei uns im

Land mit Ausnahme der Periode von 1949 bis 1953 seit dem Jahre 1945 stets gegeben war und noch der Fall ist. Bei dieser Konstellation kommt nämlich in der Praxis das Dirimierungsrecht nicht oder nur selten zum Tragen, da bei Verlassen der Sitzung durch eine Regierungsfraktion die Beschlußfähigkeit der Landesregierung nicht gegeben ist.

In Kenntnis dieses Umstandes, meine Damen und Herren, haben die ÖVP-Landeshauptleute stets auf dieses Recht verzichtet. Sie haben immer gemeinsame Lösungen sowohl bei Sachentscheidungen wie bei personellen Fragen gesucht und diese auch nötigenfalls in Kompromissen, die für beide tragbar gewesen sind, gefunden. An dieser Formel hat auch Herr Landeshauptmann Bögl festgehalten.

Erst ab den späten Sechzigerjahren wurden von der Mehrheitspartei dieses Hauses vehemente Versuche unternommen, dieses geschäftsordnungsgemäß eingeräumte Recht zu erzwingen. Auch der legendären Bezügegesetzregelung vom 23. 2. 1970, im Volksmund bekannt als sogenanntes „Futterkörbergesetz für die Regierungsmitglieder“, blieb den Sozialisten der erwartete Erfolg trotz der Errichtung einer Landessondervollzugsbehörde versagt. Deshalb setzten sie ihre Bemühungen fort. Aber eines muß man sagen, trotz dieses Streites gingen die Arbeiten in der Landesregierung und im Landtag zügig voran. Mit vielen tausenden Regierungsbeschlüssen erfolgte die volle Umsetzung der gemeinsam verabschiedeten Landesvoranschläge, und es waren alle, und der weitere Fortschritt im Burgenland war auf fast allen Gebieten sichergestellt. Die langen Perioden der Kooperation aber wurden immer wieder in unregelmäßigen Abständen durch kurze Unruhen bei Personalentscheidungen der Landesregierung getrübt.

Mit der Diskussion um die verfassungswidrige Landtagswahlordnung 1976, die am 22. 4. 1976 von der SPÖ gegen die Stimmen der ÖVP beschlossen wurde, leiteten die Sozialisten eine kritische Phase ein, die sich dann nach der Landtagswahl vom 2. Oktober 1977 gefährlich zuspitzte. Denn SPÖ-Spitzenpolitiker haben als oberste Organe eine Reihe von Aktionen und Maßnahmen gesetzt, so zum Beispiel bei der Regierungsbildung und bei der Erlassung von Dienstanweisungen wie es die interne Geschäftsordnung gewesen ist, meine Damen und Herren, die laut Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes den Bestimmungen der Landesverfassung und den einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung der Landesregierung zuwiderliefen.

Meine Damen und Herren Sozialisten! Ihre langjährige Zielsetzung, die bestehende Regierungsstruktur zu verändern, mag für Ihre Partei ein durchaus legitimes Recht gewesen sein, das gestehe ich Ihnen gerne zu. Aber Ihr Weg, den Sie beschritten haben und dabei sowohl im Landtag und in der Regierung gegangen sind, war – wie verfassungsrechtlich erwiesen – äußerst bedenklich. Und deshalb haben wir von der Österreichischen Volkspartei Ihnen berechtigte Vorwürfe gemacht und können auch rück-

blickend konstatieren, daß wir Ihnen nicht mehr vorgeworfen haben, als letztlich der Verfassungsgerichtshof dann festgestellt hat.

Hohes Haus! Den Abgeordneten der Österreichischen Volkspartei in diesem Hause ist sehr wohl bewußt, daß die Sozialisten in diesem Haus derzeit die Mehrheit an Mandaten haben und daß sie seit 1964 den Landeshauptmann stellen. Es muß bitte aber auch den sozialistischen Abgeordneten dieses Hauses klar sein, daß eine Änderung der Landesverfassung oder der Geschäftsordnung des Landtages ohne die Stimmen der Mandatare der Österreichischen Volkspartei einfach nicht möglich ist!

Während die Sozialisten noch in den fünfziger und sechziger Jahren Verfassungsinitiativen der Österreichischen Volkspartei, speziell in Bezug auf die Einrichtung eines Kontrollamtes trotz Festlegung in Parteienübereinkommen nicht näher getreten sind, steht die Österreichische Volkspartei voll und ganz zum Ergebnis der Parteienverhandlungen vom 24. 10. 1978. Wir stehen voll und ganz zum Inhalt und zur Reform der vorliegenden Landesverfassung, der Geschäftsordnung des Landtages und zu den übrigen Gesetzen, die die direkte Demokratie betreffen. Wir werden daher bei der Beschlußfassung uneingeschränkt unsere Zustimmung zum Ausdruck bringen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren der linken Seite, werfen Sie bitte auch dieses Verhalten als Beweis für unser gemeinsames Wollen. Wir verstehen die gesamte Paketlösung als einen großen Kompromiß. Wenngleich es in vielen Bereichen deckungsgleiche Auffassungen gegeben hat, hatte doch jeder in anderen Bereichen zurückzustecken. Und nur dadurch ist eine Gesamtlösung erreicht worden, die von beiden Klubs getragen wird.

Meine Damen und Herren! Das Fundament dieses Paketes, das vor uns zur Beratung und zur Beschlußfassung liegt, ist wohl die neue Landesverfassung, die die Landesverfassung vom 15. 1. 1926 in der geltenden Fassung ersetzen soll. Wollte man den Versuch wagen, das politische Geschehen zum Zeitpunkt der jeweiligen Entstehungszeiträume der genannten Gesetzeswerke zu vergleichen, käme man zum erwarteten Schluß, daß diese durch enorme Unterschiede gekennzeichnet sind. Und wenn ihnen überhaupt etwas gemeinsam ist, so die Tatsache, daß beide Gesetze nach vorangegangenen kräftigen Konflikten im Landtag zu einer einstimmigen Verabschiedung anstanden.

Hohes Haus! 1921 war dieses von der einstigen großen Donaumonarchie abgetretene Teilgebiet Westungarns zu Österreich gekommen. Mit der Bürde des Verlustes von Ödenburg belastet, war dieses aus drei Komitaten zusammengestückelte Land ein armes Bundesland. Ein Landstrich, bewohnt von einer Bevölkerung ohne eigenes Landesbewußtsein, aber auch ohne tiefen Glauben an die Lebensfähigkeit des neuen Vaterlandes, voller Sorgen um die Zukunft.

Und nichts spiegelt die Situation besser wider, als die Wortmeldungen von Landeshauptmann Rauhofer, Landeshauptmann-Stellvertreter Leser und Landesrat Voit bei der Beschlußfassung am 15. Jänner 1926. Daß aus jenem, durch zahlreiche Krisen geschüttelten und durch schwierige politische und wirtschaftliche Situationen an einer besseren Entwicklung behindertes Land, dessen Instabilität nicht zuletzt auf das wechselhafte Dreiparteiensystem im Landesparlament zurückzuführen war, das binnen relativ kurzer Zeitspanne jede denkbare Koalition bis zur Konzentration in der Landesregierung hin Wirklichkeit werden ließ, daß aus jenem Land das Burgenland von heute entstehen konnte, ist eine von vielen bewunderte Fügung. Und trotz des Rückschlages, den der zweite Weltkrieg auch in unserer Heimat verursachte, vollzog sich nach 1945 ein beispielhafter Auf- und Ausbau der Dörfer und Städte in unserem Lande, das 1945 nach siebenjähriger unfreiwilliger Absenz von der Landkarte neu erstanden war.

Und dabei galt es bis zum Jahr 1955 unter erschwerten Bedingungen den Aufbau zu meistern, ehe sich dann nach und nach jener Aufschwung einstellte, den wir zum schrittweisen Abbau aller jener Nachteile dringend brauchten, die sich aus der besonderen Grenzsituation unseres Landes im Osten der Republik ergaben. Dabei waren die damaligen ÖVP-Landeshauptleute Dr. Karall, Wagner und Lentsch maßgeblich beteiligt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Land und seine schwergeprüfte Bevölkerung haben das Schicksal der Stunde Null bezwungen. Menschen deutscher, kroatischer, madjarischer Muttersprache, Menschen verschiedener Konfessionen, haben an jenem ursprünglich kargen Landstrich Westungarns gearbeitet und ihn zu einer blühenden Heimat geformt. Sie haben in gemeinsamem Bemühen zu einem echten Landesbewußtsein gefunden, einem Landesbewußtsein, das in gleicher Weise mit der fortschrittlichen Entwicklung in unserem Lande gestiegen ist, und welches das Bekenntnis zu Österreich fester denn je miteinschließt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Wir begehen heuer das sechzigjährige Jubiläum der Zugehörigkeit des Burgenlandes zu Österreich. Landesweit wurden oder werden die mannigfaltigsten Veranstaltungen aus diesem Anlaß gefeiert und diesem Anlaß gewidmet. Der Burgenländische Landtag und die Landesregierung haben für kommenden Sonntag die Abhaltung einer Festsitzung beziehungsweise eines Festaktes vorgesehen. Dabei werden der Herr Bundespräsident sowie Spitzenrepräsentanten des Bundes und des Landes dem Anlaß die entsprechende Würdigung angedeihen lassen. Es sei mir aber bereits jetzt gestattet, namens meiner Fraktion dem gesamten burgenländischen Volk die besten Glückwünsche auszusprechen und den Burgenländerinnen und Burgenländern für die unermüdete bisherige Arbeit im Dienste unserer Heimat Dank zu sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In diese Adresse des Dankes und der Gratulation möchte ich alle bisherigen Landeshauptleute des Burgenlandes, alle Landeshauptmann-Stellvertreter und die übrigen Mitglieder der Landesregierungen und alle burgenländischen Mandatäre auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene miteingeschlossen wissen.

Meine Damen und Herren! Wir sind jetzt dabei, die Landesverfassung des Jahres 1926 und die Geschäftsordnung des Landtages des Jahres 1927 durch neue Gesetze zu ersetzen. Damit ist die gesetzgebende Körperschaft im Begriffe, dem Burgenland und seinen Menschen ein Jubiläumsgeschenk zu machen.

Wir können mit Fug und Recht behaupten, daß der Landtag heute mit diesen Beschlußfassungen einen Meilenstein in der Entwicklung der Demokratie unseres Landes setzen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dennoch sollten wir versuchen, der noch geltenden Verfassung, mit der wir ja noch bis zum Ende der Legislaturperiode, konkret bis zum 4. Oktober 1982, leben werden müssen, eine objektive Zensur zu erteilen. Ich glaube, daß die mehr als 49 aktiven Dienstjahre, die sie den Machträgern als Rechtsgrundlage gedient haben wird, eigentlich zu einer Stellungnahme verpflichten müßten. Die Entscheidung fällt mir nicht schwer. Das Burgenland von heute, der große Aufstieg, der rasche Fortschritt mit dem Instrumentarium dieser Landesverfassung geschaffen, stellt dem Gesetzeswerk einen beeindruckenden Gütesiegel aus. Ebenso auch denjenigen Verantwortlichen des öffentlichen und auch des bürgerlichen Lebens, die sich des Geistes und der Regeln dieser Norm in fairer Weise bedienten. Zweifellos lag der Schlüssel zu diesem Erfolg im starken Gebot zur Zusammenarbeit, vor allem in der Landesregierung. Jener Zusammenarbeit, zu der sich insbesondere seit 1945 alle Repräsentanten dieses Hauses bekannten und das in einer feierlichen Art und Weise es heute auch tun. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Stil der politischen, der parlamentarischen Arbeit war und ist daher in allen Legislaturperioden der Zweiten Republik vom ständigen Bemühen um einen Konsens gekennzeichnet und mündet in einstimmige Beschlüsse in der Landesregierung und in einstimmige Beschlüsse im Landtag. Die Tatsache, daß viele der bestandenen widerstrebenden Auffassungen – und oft weit widerstrebenden Auffassungen – zwischen den Regierungsfractionen und zwischen den Landtagsfractionen in oft schwierigen und langwierigen Beratungen zwischen den Regierungsfractionen, zwischen den Landtagsfractionen oder in Parteienverhandlungen zu Übereinstimmungen geführt haben, erweckte des öfteren in der Öffentlichkeit, die ja von diesen Beratungen und Verhandlungen ausgeschlossen war, den falschen Eindruck, daß die beiden großen Parteien des Landes nur Einheitsvorstellungen zur Lösung anstehender Probleme hätten. Und wenn dann, um jeden Prestigestreit um die Rolle des Siegers oder des Verlierers während der Verhandlungen auszuschließen und dadurch mögli-

che Kompromißergebnisse im Interesse der gesamten Materie nicht zu verzögern oder gar zu gefährden, vereinbart wurde, nur gemeinsame Erklärungen und Meldungen gegenüber den Medien abzugeben, dann verstärkte sich dieser Eindruck noch mehr.

Ich gebe zu, daß solch eine Arbeitsweise nicht sehr öffentlichkeitswirksam ist. Vom Resultat her, meine Damen und Herren, bin ich aber überzeugt, daß sie uns immer wieder ein Optimum an Lösungen sowohl hinsichtlich des Inhaltes wie auch hinsichtlich des Umfanges gebracht hat! Praktische Beispiele dafür gibt es doch wohl genug, meine Damen und Herren! Und gerade dieses Faktum schien uns für unser Land und für seine Menschen der beste Garant dafür zu sein, die vielschichtigen und vielseitigen Probleme durch zukunftsorientierte Regelungen zu lösen. Und daher, meine Damen und Herren, unser wiederholtes Bekenntnis auch zum Kompromiß als taugliches Lösungselement und als sichtbaren Beweis der Zusammenarbeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Die neue Landesverfassung und die neue Geschäftsordnung, die jetzt beschlossen werden soll, eröffnen auch neue Möglichkeiten der Entscheidungsfindung und der Entscheidungsform in unserem parlamentarischen System.

Mit der Änderung der Zusammensetzung der Landesregierung auf sieben Mitglieder werden dort auch Mehrheitsbeschlüsse möglich. Daß Mehrheitsbeschlüsse in der Landesregierung nicht ohne Einfluß auf das Landesparlament bleiben werden und umgekehrt Mehrheitsbeschlüsse im Landtag auch Auswirkungen auf das Regierungskollegium nach sich ziehen werden, erscheint klar. Daher wird es ab der nächsten Legislaturperiode, also nach dem 4. Oktober 1982, eine völlig neue Konstellation in der burgenländischen Landespolitik geben.

Die aus den nächsten Landtagswahlen hervorgehende Landtagsmehrheit wird nicht nur mehr Macht ausüben können, sondern auch mehr Verantwortung zu tragen haben. Und dies sowohl bei der Gestaltung unserer Heimat als auch bei der Bestimmung des politischen Kurses im Landtag und in der Landesregierung. Und von der Art dieses Kurses, meine Damen und Herren, wird auch das Klima in diesen Organen maßgeblich geprägt sein. Von diesem Klima wird der künftige Arbeitsstil beeinflusst beziehungsweise bestimmt sein.

Meine Damen und Herren! Das Bekenntnis zur Zusammenarbeit war der Österreichischen Volkspartei stets heilig. Sie hat in der schon zitierten Zeit von 1949 bis 1953, als ihr der burgenländische Wähler in einem bisher noch unerreichten Vertrauensbeweis die Möglichkeit einer Zweidrittelmehrheit in der Landesregierung gegeben hat, den Weg des Zusammenwirkens nie verlassen. Der Kurs des damaligen Landeshauptmannes Dr. Karall stellt auch heute noch das Vorbild einer beispielhaften demokratischen Gesinnung dar. Daher werden wir auch in Zukunft, meine Damen und Herren, diesem Bekenntnis treu bleiben, weil wir fest überzeugt sind, daß damit

unseren Landesbürgern und dem Land am besten gedient ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Die bekannten Entwicklungen in Staat und Gesellschaft bedingen die Notwendigkeit der Anpassung der Grundnormen an die geänderten Verhältnisse. Verschiedene Indikatoren, wie zum Beispiel geringe Wahlbeteiligung, sind Ausdrucksformen des Unbehagens des Wählers gegenüber den gegebenen Strukturen, gegenüber den gegebenen politischen Systemen. Durch die Mitbeteiligung des interessierten Bürgers am Prozeß der Willens- und Entscheidungsbildung soll ein zusätzliches wirksames Mittel bei der Gestaltung der Lebensbereiche ermöglicht werden. Deshalb fanden die Volksbefragung, die Bürgerinitiative, die Bürgerbegutachtung, das Volksbegehren und die Volksabstimmung als wichtigste Instrumente der direkten Demokratie Aufnahme in diese Vorlage.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend festhalten, daß wir durch die heutigen Beschlußfassungen in der Gestaltung einer modernen Demokratie einen großen Schritt in die Zukunft setzen werden. Aber dieses umfassende Gesetzespaket wird nur dann der Zielsetzung gerecht werden können, wenn es auch mit pulsierendem Leben erfüllt wird. In erster Linie werden dafür jene Männer und Frauen zuständig sein, die in den obersten Organen des Landes die Hauptverantwortung für die weitere Entwicklung tragen werden. Besonders von diesen obersten Organen wird es abhängen, wie und in welchem Geist die Handhabung erfolgen wird. Aber auch der einzelne Bürger wird sich in Zukunft mehr als bisher für öffentliche Aufgaben interessieren müssen und auch bereit sein müssen, mehr Verantwortung zu übernehmen. Nur dann, meine Damen und Herren, wenn die obersten Organe und der Bürger, also alle Landesbürger gemeinsam, sich im Sinne dieses Gesetzes einsetzen, dann wird der Artikel I unserer Landesverfassung verwirklicht werden können: Daß das Burgenland ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat in aller Zukunft sein möge, die Freiheit und die Würde der Menschen unseres Landes die Grundlage des Zusammenlebens bilden, die Entfaltung der Bürger in einer gerechten Gesellschaft gewährleistet ist, und daß das Burgenland als selbständiges Bundesland im Reigen der Bundesländer unserer demokratischen Republik Österreich für alle Zukunft bestehen bleibt.

So wollen wir hoffen und wünschen, daß durch das neu geschaffene Gesetzeswerk, vor allem durch die neue Landesverfassung, unserem Heimatland und unseren Mitbürgern auch in Zukunft viel Glück und Segen, vor allem aber friedliche Zeiten beschert sein mögen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächstem Redner in der Generaldebatte erteile ich Herrn Abgeordneten Stix das Wort.

Abgeordneter Stix (SPÖ): Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allein schon der Blick auf die Galerien zeigt uns, daß heute keine ge-

wöhnliche, oder wie wir sagen, alltägliche Landtags-sitzung stattfindet. In der Tat, heute findet zweifellos eine der bedeutendsten Sitzungen des Burgenländischen Landtages, schon von der Tagesordnung her gesehen, statt. Und wir alle 36 Mitglieder dieses Hohen Hauses können stolz darauf sein, daß es eine Fügung der Geschichte will, daß wir diese neue Landesverfassung, die heute zur Diskussion steht, beschließen können.

Hohes Haus! Gestatten Sie mir in Anbetracht der Bedeutung, des Ernstes und der Würde dieser heutigen Sitzung, in einem kurzen Rückblick auf die laufende Legislaturperiode, auf die XIII. Gesetzgebungsperiode, die zweifellos eben durch den heutigen Beschluß auch eine bedeutende Gesetzgebungsperiode sein wird, einzugehen.

Wir als Landtag haben in dieser Gesetzgebungsperiode viele für die Wirtschaft, für das soziale Leben und für die Menschen dieses Landes wichtige und bedeutende Gesetze beschlossen. Wir haben ein neues Wirtschaftsförderungsgesetz beschlossen, wir haben die Müllentsorgung des Burgenlandes gesetzlich geregelt, wir haben wichtige Maßnahmen im Bereich der Infrastruktur gesetzt, wir haben Agrargesetze beschlossen, wir haben eine neue Wahlordnung, Verfassungsnovellen und ein Kulturförderungsgesetz beschlossen.

Aber auch von der Regierung, Hohes Haus, sind wesentliche und wichtige Taten gesetzt worden. Wir haben in dieser Legislaturperiode im Burgenland eines der modernsten Krankenhäuser Österreichs eröffnen können. Wir konnten mit Bad Tatzmannsdorf zweifellos eines der modernsten Heilbäder Österreichs in Betrieb nehmen. Im Bereich des Straßenbaues sind wesentliche Maßnahmen getroffen worden, und mit der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft Neusiedler See ist im Bereich des Umweltschutzes ein wichtiger Schritt gesetzt worden. Ich könnte nun, Hohes Haus, eine Fülle von Beispielen dafür anführen, daß wir ganz wesentliche Fragen des Landes und der Menschen dieses Landes in dieser XIII. Gesetzgebungsperiode lösen konnten.

Und dennoch glaube ich, daß es unvollständig wäre, wenn man hier nicht auch das darlegen würde, was in der Arbeitsweise bei der Gesetzgebung an neuen Wegen beschritten wurde. Wir haben dabei eine neue Form gefunden, – ich sage das deshalb, weil diese neue Form symbolhaft für das Burgenland ist, und weil es nämlich weder in der Verfassung noch in der Geschäftsordnung dafür Bestimmungen gibt – und haben aus unserer Verantwortung heraus, die wir für dieses Land tragen, praktikable Formen der Arbeit entwickelt. Wir haben alle diese wichtigen Gesetzgebungsmaßnahmen im sogenannten vorkonventionellen Raum, für den es keine verfassungsmäßige Absicherung gibt, erarbeitet.

Ich halte das deshalb für so wesentlich, weil sich dabei gezeigt hat, daß die Arbeit effizienter geworden ist, weil es ein möglicher neuer Schritt zur effi-

zienteren Arbeit in den politischen Instanzen dieses Landes ist und weil es darüber hinaus ein Beweis dafür ist, daß nicht nur das, was in der Verfassung geschrieben steht, wesentlich ist, sondern daß es auch vom guten Willen und von der positiven Einstellung zur Heimat Burgenland abhängt, ob es eine vernünftige und gute Arbeit gibt. Oder umgekehrt gesagt, wir sollten uns zur Zusammenarbeit nicht nur dort finden, wo das in der Verfassung vorgeschrieben ist, sondern daß es auch eine Frage der Gesinnung ist. Denn Zusammenarbeit ist unserer Auffassung nach mehr eine Frage der Gesinnung als eine Frage verfassungsmäßiger Bestimmungen. Und gerade diese Form der Arbeit in der Gesetzgebung, diese Form der politischen Arbeit, die wir in dieser Gesetzgebungsperiode entwickeln konnten, scheint mir ein Beweis für das Funktionieren dieser Zusammenarbeit zu sein.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Das Paket an Verfassungsgesetzen und einfachen Gesetzen, das heute zur Behandlung und zur Beschlußfassung vorliegt, ist zweifellos die Krönung der erfolgreichen Arbeit in dieser Gesetzgebungsperiode. Und ich meine, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, daß die Verfassung, die Begleitgesetze und die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages Schlußpunkt und Beginn zugleich sind. Schlußpunkt, so meine ich, hinter eine Arbeit, die in Wahrheit neun Jahre in Anspruch genommen hat und ein Beginn dafür um das, was wir heute beschließen, was wir heute zu Papier bringen, durch Beschluß des Landtages mit Leben zu erfüllen, in die Wirklichkeit, in die Realität umzusetzen. Daher glaube ich, daß das, was wir heute tun, Schlußpunkt und Beginn gleichzeitig ist.

Daher, Hohes Haus, scheint es richtig und tunlich zu sein, auch einen Rückblick bis zum Beginn dieser Verfassungsarbeit zu tun. Und in der Tat, der Beginn wurde am 3. November 1972 hier in diesem Haus mit der vom Herrn Landeshauptmann vor dem Landtag abgegebenen Regierungserklärung gesetzt. Ich weiß, daß innerhalb dieser letzten neun Jahre oft eine bestimmte Passage dieser Regierungserklärung hier im Hohen Hause zitiert wurde, und sehr oft haben wir über diese Passage der Regierungserklärung im Landtag auch diskutiert. Und heute, Hohes Haus, wird diese Passage aus der Regierungserklärung Wirklichkeit. Daher erlaube ich mir noch einmal, vielleicht zum letzten Mal, diese Passage aus der Regierungserklärung, weil sie heute verwirklicht wird, zu zitieren. Landeshauptmann Kery führte damals in der Regierungserklärung aus: „Unsere Landesverfassung stammt aus den Anfängen der Ersten Republik und war auf die damalige politische und gesellschaftliche Situation abgestimmt. Inzwischen hat sich aber die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit tiefgreifend geändert. Aber nicht nur die politische Konstellation, auch die politischen Bedürfnisse und die Aufgaben von Regierung und Landtag haben sich sehr weitgehend gewandelt. Unser Bemühen“ — so sagte Landeshauptmann Kery damals — „muß daher

dahin gehen, unsere Verfassungsordnung dieser geänderten politischen Wirklichkeit weitgehend anzupassen und dem eingetretenen Funktionswandel von Regierung und Landtag Rechnung zu tragen. Hiebei wird es unser Ziel sein, die lebendige Demokratie zu stärken, optimale Voraussetzungen sowohl für das Regieren wir für das Kontrollieren zu schaffen und hierüber einen Konsens zwischen den maßgebenden politischen Kräften herzustellen.“

In der Tat, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, heute setzen wir den letzten Punkt hinter diese Arbeit. Es war ein langer Weg von jenem 3. November 1972 bis zum 14. September 1981. Es war ein langer und es war ein harter Weg. Vorschläge und Gegenvorschläge wurden im Landtag eingebracht und wurden zwischen den Klubs ausgetauscht.

Es wäre aber unvollständig, wenn wir nicht sagen würden, daß es hier in diesem Haus darob auch harte Debatten gegeben hat, daß es, auch das soll gesagt werden, Polemik in den Medien gegeben hat, und daß es 1975 und 1978 auch Teillösungen gegeben hat. Es hat in den letzten Jahren auch zähe, aber konstruktive Verhandlungen gegeben. Verhandlungen, an denen sowohl Regierung, Landtag, Beamte und Experten teilgenommen haben und die letztlich heute zu einem positiven Abschluß geführt werden können.

Es wäre aber auch unvollständig, würde man nur vom engeren Verhandlungskomitee und von jenen reden, die unmittelbar an diesen Verhandlungen teilgenommen haben, denn die Teilergebnisse und Lösungsvorschläge, die ausgearbeitet wurden, wurden auch in den Parteigremien und Klubs ausführlich beraten. Ich glaube daher, daß man heute sagen kann, daß alle politisch relevanten Kräfte dieses Landes jenen Konsens erarbeitet haben, wie ihn der Landeshauptmann in der Regierungserklärung gefordert hat. Und dabei ist es mir ein Bedürfnis, auch auf einen Umstand hinzuweisen, der vor allem in den Medien nicht unumstritten war. Wir haben von Anfang an vereinbart, die Verhandlungen vertraulich zu behandeln, vertraulich nach außen, nicht nach innen, zu den politischen Kräften, die die Verhandlungen geführt haben. Ich glaube, daß trotz dieser Kritik, die zweifellos nicht ganz unberechtigt war, eines aber höher zu stellen ist, nämlich jenes positive und konstruktive Klima, das es letztlich nur wegen dieser Vertraulichkeit ermöglicht hat, daß wir heute dieses Paket beschließen können. Deshalb glaube ich, daß auch diese Vorgangsweise gerechtfertigt war.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Mit den Vorlagen 13 — 76 bis 13 — 81, die wir heute auf unseren Bänken liegen haben und die wir zum Beschluß erheben werden, geht eine gute, aber auch lange Arbeit mit einem vernünftigen und tragbaren Kompromiß zu Ende.

Es war eine lange und harte Arbeit, sagte ich. Und daher ist es gerade an dieser Stelle auch angebracht, allen jenen zu danken, die an diesen Ver-

handlungen teilgenommen haben und mitgewirkt haben, daß das heutige Ergebnis erzielt werden konnte. Der Dank gilt jenen politisch relevanten Kräften, die in Verantwortung für das Burgenland einen tragfähigen Konsens erzielt haben. Der Dank gilt aber auch den Experten und Fachleuten, vor allem unseren Experten, Herrn Universitätsprofessor Dr. Wimmer und Herrn Universitätsprofessor Dr. Widder, die durch ihre fachliche Kompetenz mitgeholfen haben, den Politikern geholfen haben, einen Konsens zu erzielen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Es ist uns aber auch ein Bedürfnis, jenen zu danken, die nicht im Rampenlicht stehen und ohne deren Arbeit diese Arbeit nicht bewältigt werden könnte. Den Bediensteten der Landesamtsdirektion und der Landtagskanzlei, von den Juristen über die Schreibkräfte bis zu jenen Männern, die die Vervielfältigung vornehmen mußten. Ich glaube, daß wir gerade auch jenen, die sehr bedeutsam mitgeholfen haben, daß dieses Werk vollendet werden konnte und nie im Rampenlicht stehen werden, auch jenen, die die manuelle Arbeit geleistet haben, bei dieser Gelegenheit gedankt werden soll. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Ein junger Politikwissenschaftler hat in einem, wie ich glaube, sehr beachtlichen Aufsatz über die Funktion des österreichischen Parlaments eine Aussage getan, von der ich glaube, daß sie sehr wesentlich ist. Er hat nämlich von einem Gegensatz gesprochen, den es in der österreichischen Verfassungsordnung gibt, dem Gegensatz zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit nämlich. Er meint in diesem Aufsatz, und ich darf ihn zitieren: „Die österreichische Bundesverfassung ist in der Auseinandersetzung mit den politischen Erfahrungen des Konstitutionalismus entstanden. Das Politikbild von dem sie ausgeht, setzt im wesentlichen die begrenzten Staatszwecke des reinen Ordnungsstaates voraus.“ Und er führt weiter aus: „Die Entwicklung zum Gesellschaftsgestaltungs-, zum Leistungsstaat sieht sie ebensowenig voraus, wie die damit verbundene Entwicklung zum Parteien- und Verbändestaat.“

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Warum ich gerade diese Passage aus dieser Arbeit zitiert habe? Weil gerade das jener Bereich ist, mit dem wir in den letzten Monaten und Jahren der Verhandlungen ständig konfrontiert waren. Unser Auftrag, Hohes Haus, aus der Regierungserklärung, war es nämlich, die Verfassungsordnung des Burgenlandes, die aus den Anfängen der Zwanzigerjahre stammt, an die politische und gesellschaftliche Wirklichkeit anzupassen. Wir haben uns bemüht, das zu tun und haben es auch erreicht, bis zu jener Grenze, die uns durch die Bundesverfassung gesetzt wird. Das soll keine Einschränkung und keine Herabwürdigung unserer Arbeit sein. Aber gerade auch der Umstand, daß die Bundesverfassung in ihrer Gesamtheit auf jene neuen Bedürfnisse des Staates, die aus seiner neuen Aufgabe heraus erwachsen, nicht Bedacht nimmt, hat dazu geführt, daß wir den Forderungen der Regierungserklärung nach optimaler Form

des Regierens und Kontrollierens nur eben innerhalb jener von der Bundesverfassung gezogenen Grenze entsprechen konnten.

Und daher, Hohes Haus, nur wenige Sätze zu den drei Schwerpunkten, die aus dieser Regierungserklärung als Auftrag für uns gegeben waren zur optimalen Form des Regierens sagte ich schon, daß allein der Umstand, daß die Regierung, daß der Staat ganz einfach neue, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen hat, auch für das Regieren neue Schwerpunkte setzt. Und daher ist neben allen Dingen, vor allem eines, so meinen wir, für die Regierung sehr wesentlich, nämlich rasches Handeln. Und die Ereignisse der letzten Monate zeigen, wie wichtig es im Bereich der Wirtschaftspolitik ist, wenn die Regierung rasch handeln kann. Daher haben wir jenen Fragen, die ein optimales Regieren sicherstellen, immer sehr hohe Bedeutung beigemessen.

Und wenn es, so sagten wir, ein optimales Maß für das Regieren geben muß, wenn es ein rasches Handeln der Regierung geben muß, dann muß es auch eine begleitende Kontrolle geben. Daher war für uns der Ausbau der Kontrollrechte gleichbedeutend dem Ausbau der Regierungsstruktur und der Regierungsfunktion.

Und zum Dritten, so sagten wir, muß es ganz einfach unserem Politikverständnis, unserem Demokratieverständnis entsprechen, daß die Elemente der direkten Demokratie gestärkt werden. Und dazu dürfen wir stolz darauf sein, daß der Burgenländische Landtag heute die modernsten Mitwirkungsrechte schaffen wird. Mit der Bürgerinitiative beschreiten wir Neuland im Verfassungsrecht Österreichs. Daher sind wir auch überzeugt davon, daß dieser Umstand dazu beitragen wird, daß das Verhältnis zwischen den Bürgern und denen, die in der Politik tätig sind, zwischen Bürger und Politiker, verstärkt wird, und daß das, was wir heute beschließen, ein wichtiger Schritt zur Vertiefung eben dieses Verhältnisses sein wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialdemokraten dieses Hauses sind auch sehr stolz darauf, daß es diese verstärkten Mitwirkungsrechte geben kann, denn setzen gerade diese verstärkten Mitwirkungsrechte neue Formen auch im Wettbewerb der politisch relevanten Kräfte dieses Landes. Wir sind überzeugt davon, daß dieser verstärkte Wettbewerb, dieser verstärkte Wettbewerb der politisch relevanten Kräfte dieses Hauses auch eine noch positivere Einstellung der Menschen zur Politik schaffen wird. Wir sind auch überzeugt davon, daß große Fragen leichter gelöst werden können, wenn es eine stärkere Mitwirkung der Menschen an der Politik gibt und wir glauben, daß das heute mit der Beschlußfassung des Verfassungsgesetzes ermöglicht wird. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Hohes Haus! Zum Schluß kommend, glaube ich, daß sich eine prinzipielle Frage bei der heutigen Beratung dieser vorliegenden Materie aufdrängt. Ich sagte schon, daß es eine Entwicklung gibt, die dem

Staat neue Aufgaben zuordnet, die vom Staat als Gesamtes neue Lösungen, neue Problemlösungen verlangt. Ich glaube, daß man heute schon sagen kann, daß die Versuche, die meinen, der Staat solle sich auf jene Ordnungsaufgaben zurückziehen, die ihm im Liberalismus zugeordnet gewesen sind, gescheitert sind, oder scheitern werden. Wir sehen ganz eindeutig, daß die demokratischen Industriestaaten mehr Leistungsstaat brauchen und vor allem den Ausgleich suchen müssen und dafür entsprechende Instrumentarien brauchen, nämlich den Ausgleich zwischen den Interessen des Einzelnen und der Gemeinschaft.

Und daher, Hohes Haus, glauben wir, daß das Suchen nach dem Ausgleich zwischen den Interessen des Einzelnen und der Gemeinschaft im Dienstleistungsstaat eine neue Herausforderung auch für die Demokratie darstellt, und daß die Demokratie mehr denn je eine pausenlose und permanente Bewährungsprobe bestehen und ablegen wird müssen. Die Demokratie muß beweisen, daß sie nicht nur in guten Tagen funktionsfähig ist, die Demokratie wird heute mehr denn je beweisen müssen, daß sie auch in schwierigen Zeiten funktionstüchtig ist. Und daher, Hohes Haus, ist das eine Herausforderung, nicht nur für die Demokratie, sondern vor allem für alle politisch relevanten Kräfte in der Demokratie. Es wird daher in Zukunft mehr denn je notwendig sein, das Gemeinsame – so wie wir das bei der Verfassung und bei den Verhandlungen getan haben – über das Gegensätzliche zu stellen und vor allem immer wieder das Bemühen an den Tag zu legen, eine Lösung für das Land und für die Menschen dieses Landes zu finden.

Ich glaube daher, daß wir gerade mit den Vorlagen, die wir heute behandeln, einen schlagkräftigen Beweis dafür erbracht haben, daß es uns gelungen ist, das Gemeinsame über das Gegensätzliche zu stellen. Es scheint mir dabei aber wesentlich zu sein, daß wir das Gemeinsame über das Gegensätzliche unter voller Wahrung der eigenen Grundsätze gestellt haben. Oder anders gesagt, wir haben keinen faulen Kompromiß geschlossen, sondern haben einen guten Konsens verwirklichen können. Und dieser Geist, Hohes Haus, wird bei der Verwirklichung, bei der Umsetzung der heute beschlossenen neuen Landesverfassung auch notwendig sein. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zur Generaldebatte ist niemand mehr zum Wort gemeldet. Ich lasse nun darüber abstimmen, ob das Hohe Haus in eine gemeinsame Spezialdebatte über alle Tagesordnungspunkte eingehen will und ersuche jene Abgeordneten, die sich dafür aussprechen, sich von den Plätzen zu erheben. – Das Hohe Haus hat damit das Eingehen in die Spezialdebatte beschlossen.

Als erstem Redner in der Spezialdebatte erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Widder das Wort.

Abgeordneter Dr. Widder (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In der Be-

gründung, die ich als Sprecher meiner Fraktion bei der ersten Lesung der heute zur Behandlung stehenden Gesetze am 13. Juli dieses Jahres abgegeben habe, habe ich ausführlich über die Entstehung der vorliegenden Gesetzesmaterien berichtet. Ich habe auf die Diskussionen hingewiesen, die in diesem Hause in den letzten Jahren geführt wurden. Ich habe die Auseinandersetzungen genannt, die es einerseits um die heftig umstrittene SPÖ-FPÖ-Wahlrechtsnovelle 1976, andererseits aber auch um die Konstituierung der Landesregierung nach den Landtagswahlen 1977 gegeben hat. Ich habe schließlich aber auch aufgezeigt, daß in den vergangenen Jahren immer wieder auch durchaus positive Arbeit für die verfassungsrechtliche Weiterentwicklung unserer rechtsstaatlich-demokratischen Staatsordnung geleistet wurde. Der Durchbruch, der die heutigen Beschlüsse über eine umfassende Neukodifikation der Burgenländischen Landesverfassung, der Geschäftsordnung des Landtages sowie von Gesetzen über Einrichtungen der direkten Demokratie, über Möglichkeiten der Mitwirkung der Bürger an der Gesetzgebung und an der Verwaltung unseres Landes erst möglich machte, wurde bei den SPÖ-ÖVP-Parteienverhandlungen im Jahre 1978 erzielt.

Ich kann mir mit dem Hinweis auf meine Ausführungen vom 13. Juli dieses Jahres sparen, über die Arbeit im SPÖ-ÖVP-Verfassungsausschuß zu sprechen. Ich habe damals das konstruktive und konsensbestimmte Arbeitsklima in diesem Ausschuß hervorgestrichen, und die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten erwähnt.

In meiner Eigenschaft als Sprecher der Volkspartei in diesem Verfassungsausschuß habe ich meinen Fraktionskollegen Landesrat DDr. Grohotolsky, Klubobmann Dipl. Ing. Karall, Präsident Minister Soronics und Landtagsabgeordneten Dr. Dax für die ausgezeichnete Mitarbeit und den Vertretern der Sozialistischen Partei, mit deren Sprecher Landesrat Dr. Mader, den Universitätsprofessoren Dr. Wimmer und Dr. Widder, Landesamtsdirektor Dr. Gschwandtner und seinen Mitarbeitern, für die gute Zusammenarbeit gedankt. Dieser Dank, meine sehr verehrten Damen und Herren, soll auch in dieser Stunde, in der die Ergebnisse, die wir in zahlreichen Verhandlungen und in unzähligen Stunden diskutiert, beraten, verhandelt und letztlich gemeinsam erarbeitet haben, zu Gesetzesbeschlüssen erhoben werden, nochmals für alle wiederholt sein. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! In meinen heutigen Ausführungen möchte ich mich im wesentlichen mit der Landesverfassung, ihrer Funktion und ihrer Bedeutung für unsere rechtsstaatliche Demokratie auseinandersetzen. In der Landesverfassung sind die rechtlichen Grundlagen der staatlich-politischen Tätigkeit unseres Landes festgelegt. Eines Landes, das als Teil unserer demokratischen Republik Österreich, wie diese rechtsstaatlich und demokratisch organisiert ist. Die Landesverfassung muß von einem möglichst breiten Konsens der im Land vorhandenen maßgeblichen politischen

Kräfte getragen sein. In ihr sind die staatlichen Organe, in ihr sind deren Willensbildung festgelegt. Sie, die Landesverfassung, bestimmt, von wem Macht ausgeht, sie bestimmt aber auch, wer, beziehungsweise welche Organe Machtbereiche ausüben haben und auf welche Zielsetzungen dabei zu achten ist. In ihr, der Landesverfassung, sind durch das Recht den einzelnen Machträgern aber auch Grenzen gezogen.

Die Verfassung hat darüberhinaus Maßnahmen vorzusehen, daß nicht durch ein Überschreiten dieser Grenzen der Macht an die Stelle von Willkür, und an die Stelle von Freiheit Zwang treten. Gerade durch das Anwachsen der staatlichen Entscheidungstätigkeit quer durch alle gesellschaftlichen Bereiche wird deutlich, welches Ausmaß die Macht im Staate angenommen hat. Die Vielfalt der wirtschaftspolitischen, sozialpolitischen, kultur- und bildungspolitischen Entscheidungen, die heute in einem noch nie dagewesenen Maße von der öffentlichen Hand direkt oder indirekt beeinflußt werden, zeigen deutlich das Anwachsen der Machtbereiche des Staates, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände. Je mehr Macht sich der Staat arrogiert, je mehr Machtbefugnisse ihm von den Bürgern überantwortet werden, um so wichtiger wird im Interesse der Freiheit und Autonomie des Bürgers die Kontrolle der Macht. Die Verfassung hat daher parallel zum Anwachsen staatlicher Macht auch ein Mehr an Möglichkeiten der Kontrolle in allen Bereichen der staatlichen Tätigkeit anzubieten. Es war daher unsere Absicht, in unsere Burgenländische Landesverfassung diesen Zielen mit den bestmöglichen demokratischen Instrumenten gerecht zu werden.

Hoher Landtag! Macht, Recht und Kontrolle sind wohl die wichtigsten Faktoren in der Politik. Die Politiker haben durch ihre Wahl die Legitimation, entsprechend den verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Bestimmungen sowohl Macht zu gebrauchen, als auch Recht zu setzen. Dabei ist entsprechend unserer rechtsstaatlichen Verfassungsordnung die staatliche Macht letztlich ebenso auf die Rechtsordnung angewiesen, wie umgekehrt die Rechtsordnung auf die staatliche Macht. Es ist daher das legitime Recht der Parteien und der Politiker, nach Macht und Einfluß im Staate und im Lande zu streben. Max Weber formuliert dies folgendermaßen, ich zitiere: „Wer Politik treibt, erstrebt Macht, entweder als Mittel im Dienste anderer Ziele oder Macht um ihrer selbst willen, um das Prestigegefühl, das sie gibt, zu genießen.“ Ende des Zitats.

Und gerade, weil politische Macht sowohl die Möglichkeit der Verfolgung idealistischer Zielvorstellungen und Zielsetzungen als auch den Mißbrauch einschließen kann, bedarf sie einer besonderen Kontrolle.

Mit dem Inkrafttreten des Landesverfassungsgesetzes wird dem Landtag durch die Einrichtung eines Kontrollausschusses und durch ein diesem

Ausschuß unterstehendes Kontrollamt ein wirksames Kontrollinstrument zur Verfügung stehen. Eine Kontrollinstanz, der die gesamte Gebarungskontrolle des Landes sowie die Kontrolle der der Landesregierung unterstellten öffentlichen Ämter, Anstalten, Stiftungen und Fonds unterliegt. Eine Kontrollinstanz, der auch die Unternehmungen unterworfen sind, an denen das Land, an denen Gemeinden oder Gemeindeverbände beteiligt sind. Die Kontrolle, die auf Verlangen von bereits drei Mitgliedern dieses siebenköpfigen Kontrollausschusses zwingend vorgesehen ist, hat sich aber nicht nur auf den Rechnungsab-schluß und dessen ziffernmäßige Richtigkeit, sondern hat sich auch auf die Zweckmäßigkeit, auf die Sparsamkeit und auf die Wirtschaftlichkeit der gesamten Gebarung zu erstrecken.

Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hoher Landtag, im besonderen deswegen notwendig, ein derartiges Kontrollinstrument für den Bereich der Verwaltung zu besitzen, weil durch die bereits im Jahre 1978 beschlossene Aufstockung der Zahl der Regierungsmitglieder von sechs auf sieben ein bisher von den beiden Regierungsparteien mehr oder weniger akzeptierter und von beiden Parteien zu verschiedenen Zeiten praktizierter interner Kontrollmechanismus in Form des Opponierens durch das Verlassen der Regierungssitzung wegfallen wird. Ich selbst habe mich stets zu dieser spezifisch-burgenländischen Form der letztmöglichen Opposition in einem obersten Verwaltungsorgan der Landesregierung bekannt. Sie war bis zum Beginn der Siebzigerjahre eine wohl nur historisch zu begründende, aber doch von SPÖ und ÖVP außer Streit gestellte systemimmanente Oppositionsmöglichkeit. Ich habe diese besondere Form des Opponierens, diese Beschlußunfähigkeit eines Verwaltungsorganes stets als politisch, nicht verfassungsrechtlich gerechtfertigt beurteilt. Ich habe dies deswegen getan, weil sie im Kollegialorgan der Landesregierung dem Zweck dienen sollte, einerseits einen proportionalen Ausgleich bei politischen Entscheidungen der Landesregierung zu erwirken und andererseits als Kontrollsystem gegen machtpolitische Auswüchse wirksam zu sein.

Diese besondere Form oppositioneller Kontrolle wird es also ab Oktober 1982 in unserem Lande nicht mehr geben. Dem künftigen Kontrollausschuß, dessen Obmann jeweils ein Mitglied jener Partei sein muß, die nicht den Landeshauptmann stellt, und dem ihm unterstellten Kontrollamt kommen daher künftighin sehr wichtige Funktionen zu. Darüber hinaus haben wir in der neuen Landesverfassung außerdem festgelegt, daß bereits ein Drittel der Landtagsabgeordneten die Möglichkeit hat, Überprüfungsanträge an den Rechnungshof zu stellen und daß diesen Überprüfungsanträgen Rechnung zu geben ist.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sollte darüber hinaus in einer künftigen Landesregierung durch Mehrheitsentscheidungen der proportionale Ausgleich bei politischen Entscheidungen, der Kompromiß, unmöglich sein, sollten außerdem in einer

Landesregierung durch Mehrheitsbeschlüsse mißbräuchliche Rechtsanwendungen Platz greifen, sollten Recht und Gerechtigkeit mißachtet werden, bietet die neue Landesverfassung die Möglichkeit, derartige Verhaltensweisen im parlamentarischen Rahmen entsprechend zu ahnden, beziehungsweise darüberhinaus die politische Öffentlichkeit zu informieren und ebenfalls auch politisch zu mobilisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bekenne mich persönlich zu dem in unserer Verfassung innewohnenden Proporzsystem. Ich bekenne mich zum politischen Ausgleich, zum vertretbaren Kompromiß, der die Interessen einer größtmöglichen Bevölkerungsgruppe unter einen gemeinsamen Nenner bringt. Die burgenländische Landespolitik war in den vergangenen sechs Jahrzehnten von diesem Grundsatz bestimmt. Ich kann auch hier von dieser Stelle aus für die Österreichische Volkspartei die Feststellung treffen, daß die ÖVP so wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft zur Arbeit und Mitarbeit für unser Land und seine Menschen bereit ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Volkspartei ist zur Zusammenarbeit bereit. Sie respektiert die auf Grund des Wählerauftrages jeder Partei zugeordnete politische Verantwortlichkeit. Sie akzeptiert die auf Grund dieser Verantwortung resultierenden Einflußsphären und Machtbereiche. Die Volkspartei erwartet dies aber auch von der Sozialistischen Partei.

Hoher Landtag! In den Phasen unserer burgenländischen Geschichte, in denen von diesen Grundsätzen der Zusammenarbeit, des Kompromisses, des Miteinander abgegangen wurde, gab es ein politisches Gegeneinander, wurden Barrieren zwischen den Menschen unseres Landes errichtet, herrschten Haß und Zwietracht, war die friedliche Aufwärtsentwicklung gehemmt. Die Geschichte der Ersten Republik lehrt uns dies. In der Zeit aber, in der die Politik unseres Landes vom Miteinander, von der gegenseitigen Achtung und dem gegenseitigen Respekt vor der Persönlichkeit und der Meinung des anderen, vom Hintanstellen des Trennenden und von der Suche nach dem Gemeinsamen, vom politischen Ausgleich und vom Kompromiß geprägt war, meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Zeit hat unser Land eine erfolgreiche Aufwärtsentwicklung genommen. Die Geschichte der Zweiten Republik ist Beweis dafür. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wo hin das Fehlen einer entsprechenden Kontrolle und wohin Machtmißbrauch führen können, damit würden wir in der letzten Zeit und werden wir immer wieder leider zur Genüge konfrontiert. Neben der durch die Rechtsordnung institutionalisierten Kontrolle staatlicher Organe im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Macht und Recht gibt es aber in unserer Demokratie eine weitere Kontrollinstanz, nämlich den Bürger, den aktiven, den mündigen Staatsbürger. Das Wohlbefinden des Bürgers, sein Glück, seine Zufriedenheit, seine persönliche Entfaltungs-

möglichkeit, sein Freiheitsraum, ja seine Chance und seine Möglichkeit, seine ideale Lebensvorstellung zu verwirklichen, sind Gradmesser der Politik, sind Indikatoren des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in unserer demokratischen Gemeinschaft.

Der Bürger muß aber die Möglichkeit haben, seine Meinung, seine Vorschläge und seine Zielvorstellungen zur Politik entsprechend zu artikulieren. Den politischen Parteien kommt dabei als Sammelbewegung politisch interessierter Bürger als Diskussionsforen, als Einrichtungen der politischen Meinungsbildung und Meinungsfindung eine überaus wichtige Funktion zu. Die politischen Parteien sind daher wesentliche Bauelemente unserer demokratischen Ordnung. Und wir haben sie daher zu Recht als solche in unserer neuen Landesverfassung verankert.

Neben dem indirekten Engagement in der Politik durch die Mitarbeit in einer politischen Partei und neben der bloßen Stimmabgabe bei Wahlen muß dem politisch aktiven mündigen Bürger aber auch die Möglichkeit gegeben sein, direkt am politischen Geschehen mitzuwirken. Er muß Instrumentarien zur Verfügung haben, die ihm ein Mitreden, ein Mitbestimmen und ein Mitgestalten am politischen Geschehen ermöglichen. Die neue, heute zum Beschluß zu erhebende Landesverfassung wird dem gerecht.

Hoher Landtag! Wir können mit Genugtuung feststellen, daß mit den im Jahre 1975 und 1978 beschlossenen Verfassungsgesetznovellen und mit der heute zur Beschlußfassung vorliegenden neuen Landesverfassung vorhandene Mängel in der Organisationsstruktur verschiedener Einrichtungen beseitigt, daß Voraussetzungen für eine Verbesserung der Kommunikation und der Kooperation zwischen dem Landtag und der Landesregierung geschaffen, daß Kontrolleinrichtungen sowohl für den Bereich der Gesetzgebung als auch für den Bereich der Verwaltung – der Hoheits- als auch der Privatwirtschaftsverwaltung – eingerichtet wurden und daß den Bürgern durch die Möglichkeit von Volksbegehren, von Volksabstimmungen, von Volksbefragungen, von Bürgerinitiativen und von Bürgerbegutachtungen von Gesetzen sowohl in der Verwaltung als auch in der Gesetzgebung Rechte zur Verfügung stehen, die ihm mehr Möglichkeiten geben, hier mitzutun.

Wir von der Österreichischen Volkspartei sind überzeugt, daß wir heute eine gute Landesverfassung mit den dazugehörigen Gesetzen beschließen. Eine Verfassung, die in weiten Bereichen durch bundesverfassungsgesetzliche Bestimmungen vorgezeichnet ist. Eine Verfassung, die einen Kompromiß zwischen den beiden im Landtag vertretenen Parteien darstellt. Einen Kompromiß, der sicherlich eine Reihe von Wünschen unberücksichtigt gelassen hat, zu dem wir uns aber als Volkspartei uneingeschränkt bekennen.

Eine Landesverfassung installiert Mechanismen, setzt Steuerungsprobleme, regelt prozessuale Vorgänge, sie beinhaltet aber auch politische Zielvorstel-

lungen. Wir haben solche im Artikel I unserer neuen Landesverfassung mit dem Bekenntnis zum sozialen Rechtsstaat, zur Freiheit und Menschenwürde, zur persönlichen Entfaltung des Bürgers und zur Gerechtigkeit festgelegt. Es bleibt aber die Aufgabe der Politiker, aber nicht nur der Politiker, sondern aller Bürger dieses Landes, diese Organismen, diese Zielvorstellungen mit den entsprechenden Inhalten zu versehen, eben mit Politik. Eine Landesverfassung darf nicht nur gesetztes Recht sein, sondern muß mit Leben erfüllt werden, mit Politik. Eine gute Verfassungsrechtsordnung bedeutet noch lange nicht zwangsläufig eine gute Politik. Eine gute Verfassungsordnung bietet aber bessere Möglichkeiten, wirkungsvoller auf Korrekturen im Bereich der Politik zu drängen.

Ich möchte daher von dieser Stelle meiner Hoffnung Ausdruck verleihen, daß die neue Landesverfassung, die am 4. Oktober des kommenden Jahres in Kraft treten wird, die organisatorisch-institutionellen und prozessualen Voraussetzungen dafür bildet, daß auch in der Zukunft für unser Land und seine Menschen eine erfolgreiche Politik gemacht werden kann. Eine Politik, die die Fortsetzung der friedlichen Aufbauarbeit, die insbesondere seit 1945 in unserem Lande geleistet werden konnte, auch in der Zukunft ermöglicht. Eine Politik, die allen Menschen unseres Landes Wohlstand, Sicherheit und Frieden garantieren hilft.

Hoher Landtag! Die Erinnerung an unsere 60-jährige Geschichte als Bundesland und die heutige Beschlußfassung des neuen Landesverfassungsgesetzes sowie der Gesetze über die Mitwirkung der Bürger am politischen Entscheidungsprozeß sollen uns bewußt machen, daß unsere Politik darüberhinaus auch das Ziel verfolgen muß, dem einzelnen Menschen die Möglichkeit zu geben, seine persönlichen Fähigkeiten zu entfalten und in Freiheit und Rücksichtnahme auf seine Mitmenschen sein Leben nach seinen eigenen Wertvorstellungen gestalten zu können. Denn eines soll uns gemeinsam immer bewußt sein: Die Politik soll den Menschen nicht beherrschen, die Politik soll dem Menschen dienen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Moser das Wort.

Abgeordneter Moser (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist bereits gesagt worden, daß heute allein schon die äußeren Umstände auf die Wichtigkeit dieser Sitzung hinweisen, und das sicherlich nicht zu Unrecht. Denn ich kann sagen, keine andere Gesetzesmaterie – ich meine damit die Landesverfassung und die dazugehörigen Gesetze – benötigte eine so lange Vorbereitungszeit wie die heutige, und es ist nichts Neues, wenn ich erwähne, daß neun Jahre daran gearbeitet wurde. Ich möchte mich in meinem Debattenbeitrag natürlich hauptsächlich mit der Landesverfassung befassen, kann aber nicht darüber hinweggehen und muß auch zum Werden der Verfassung etwas sagen,

weil mir eine Meldung, die man heute Morgen im Rundfunk gehört hat, – vor einigen Tagen hat mir ein Beamter das gleiche gesagt – daß wir in der nächsten Wahlperiode sieben Regierungsmitglieder bekommen, noch in den Ohren klingt. Als ob dies etwas Neues wäre, meine Damen und Herren! Diese Entscheidung ist bereits in der Verfassungsänderung des Jahres 1978 verankert worden, wird heute aber als neu hingestellt. Verzeihen Sie mir daher, wenn ich auch auf die Geschichte des Werdens dieser Verfassung zu sprechen komme.

Mein Freund Stix hat schon gesagt, daß die erste Erwähnung Landeshauptmann Kery getan hat, als er in der Regierungserklärung 1972 von optimalen Voraussetzungen sowohl für das Regieren als auch für das Kontrollieren gesprochen hat. Die Parteien haben sich bemüht, auf diesem Gebiet etwas zu tun, aber es hat zu große gegensätzliche Standpunkte gegeben. Ich habe übrigens auch schon hier in diesem Haus darauf hingewiesen. Man hat sich vorerst darauf geeinigt, ein sehr, sehr brennendes Problem zu lösen. Und ich darf dabei daran erinnern, daß es im Jahre 1972 keine Regelung für die Wahl des Landeshauptmannes im Falle einer Mandatsgleichheit gegeben hat. Dazu hat einmal einer gesagt, daß wir möglicherweise den nächsten Landeshauptmann aus dem Hut bekommen, weil man unter Umständen durch Losentscheid den Landeshauptmann hätte bestimmen müssen, denn wählen kann man ja nicht sagen. Das war für alle ungenügend, daher haben wir es geregelt.

Wir haben uns 1975 auch in einer weiteren Frage geeinigt. Ich verweise auf die Wahl des Landeshauptmann-Stellvertreters. Der Landeshauptmann-Stellvertreter wurde bis dahin nicht vom Landtag, sondern von der Landesregierung gewählt. Über all diese Fragen konnten wir bereits 1975 eine Einigung erzielen, leider nicht auch über andere. Es wurde dabei auch noch der Problembereich betreffend die Wahl und Abwahl der Landesräte geregelt, denn auch dabei hat es Probleme gegeben. Es konnte zum Beispiel der Landeshauptmann abgewählt werden, aber kein Regierungsmitglied und nicht der Landeshauptmann-Stellvertreter. Wir haben auch diese Probleme schon 1975 gelöst.

In der Folge wurden Anträge gestellt, und es wurde ein Unterausschuß eingesetzt, deren Vorsitzender ich war. Aber es kam zu heftigen Auseinandersetzungen in den Ausschüssen und leider zu keiner politischen Lösung der Kernfrage, nämlich der, optimale Voraussetzungen für das Regieren zu schaffen. Es ist heute schon auf eine etwas stürmische Zeit in diesem Haus hingewiesen worden, die im Jahre 1977 begonnen und ein Jahr nach den Landtagswahlen ein Ende gefunden hat. Dazu glaube ich sagen zu können, daß auch der burgenländische Wähler mitentscheidend war, daß von diesem verhärteten Standpunkt dann doch abgegangen wurde. Ich habe schon einmal im Hohen Haus gesagt, daß ich den damaligen Standpunkt der Österreichischen

Volkspartei, es gibt kein Abgehen von der Regierungsstruktur, nicht verstanden habe. Denn der Vorschlag der sozialistischen Fraktion war ja nicht unbedingt ein siebentes Regierungsmandat, wir wären ja mit einer anderen Lösung, es ist ja heute schon davon gesprochen worden, daß die Geschäftsordnung die Tätigkeit der Landesregierung blockiert hat, zufrieden gewesen. Aber im Jahre 1978, und das kann man wahrlich sagen, kam es dann zur historischen Einigung, die eigentlich zum Durchbruch, zu den heutigen Gesetzen verholfen hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die damalige Einigung umfaßte ja nicht nur die Erhöhung der Zahl der Regierungsmitglieder auf sieben, sondern es wurde auch die umstrittene Frage des Wahlsystems bei der Wahl der Regierungsmitglieder geregelt, es wurde dafür das reine d'Hondtsche System bestimmt und es wurden gleichzeitig auch die großen Rechte für die Minderheiten vereinbart. In dieser Frage bin ich hundertprozentig der Meinung, daß es sowohl für das Regieren, wie für das Kontrollieren ausreichende Möglichkeiten geben muß. Es gab dann überhaupt keine Debatte mehr über die Rechte der Minderheiten, über den Kontrollausschuß, das Kontrollamt, aber auch nicht über die Möglichkeit der Anfechtung von Landesgesetzen durch ein Drittel der Abgeordneten beim Verfassungsgerichtshof.

Warum hat es dann zwei Jahre oder fast mehr gedauert, sodaß wir erst heute zur Beschlußfassung kommen? Ich möchte sagen, deshalb, weil wir, die wir damals als Verhandlungskomitee eingesetzt worden sind, der Meinung waren, daß wir nicht nur die Verfassung vorlegen sollten, sondern gleichzeitig auch die Geschäftsordnung des Landtages und neue Gesetze, die eine bürgernahe Politik im Burgenland ermöglichen sollen. Ich kann es mir ersparen, hier darüber zu reden, — es ist auf das Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung, Bürgerinitiative und Bürgerbegutachtung schon hingewiesen worden — weil wir der Meinung sind, daß die große Entscheidung für beide Parteien gefallen ist.

Und wenn der Kollege Widder vorhin von der Macht und von der Gefahr der Macht gesprochen hat, so möchte ich ihm sagen, der Politiker erhält ja die Macht vom Volk durch das Vertrauen der Wähler. Der Politiker arrogiert ja in den seltensten Fällen Macht, denn wenn er so ungeschickt ist, daß er Macht arrogiert, dann muß er ja damit rechnen, daß er bei der nächsten politischen Entscheidung zur Verantwortung gezogen wird. Und es war immer eine Maxime für uns Sozialisten, daß wir immer wieder gesagt haben, es ist doch nichts Schlechtes, wenn eine Partei mehr politische Verantwortung bekommt, sie muß ja diese Verantwortung tragen, sie muß aber so klug sein, um aus dieser Verantwortung heraus nicht Machtmißbrauch zu betreiben, denn der Wähler ist ja das Korrektiv. *(Abg. Dipl. Ing. Karall: Nicht nur der Wähler.)* Im Grunde genommen ist es der Wähler, Herr Kollege Widder, für mich, Herr Kollege Ka-

rall, Entschuldigung, sind die Wahlentscheidungen wichtig, nicht die Meinungsbefragungen und so weiter. Ich habe das schon einmal gesagt, daß das oralhaft ist, denn die Meinungsforscher haben sich in vielen Fällen geirrt. Für mich sind die Wahlentscheidungen wichtig und im Burgenland dürfte die sozialistische Fraktion die Macht niemals mißbraucht haben, denn sonst hätte sie nicht immer mehr und mehr an politischer Verantwortung in diesem Land übertragen bekommen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eines möchte ich in dieser historischen Stunde, und für mich ist die Beschlußfassung dieser heutigen Gesetze sicherlich ein historisches Ereignis, denn sonst würden wir die Verfassung nicht unmittelbar vor dem Sechzigjahrjubiläum unseres Landes beschließen, sagen — und ich glaube auch im Namen meiner Fraktion zu sprechen — daß wir uns sicherlich im Rahmen der Verfassung, im Rahmen der Bestimmungen der Verfassung halten werden. Ich glaube daher, daß der Appell von vorhin in die falsche Richtung gegangen ist, denn eine sozialistische Fraktion hat noch niemals Verfassungsbruch begangen. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dipl. Ing. Karall: Na geh! Verfassungsgerichtshoferkenntnis 1979!)*

Und noch eines möchte ich sagen: *(Zwischenruf des Abg. Dr. Widder)* Wir werden, und das darf ich auch namens meiner Fraktion sagen, alles tun, Kollege Widder, ich habe sehr gut aufgepaßt. *(Abg. Dr. Widder: Scheinbar nicht!)* Du hast davon gesprochen, daß die Zeiten, wo es Machtmißbrauch gab, wo Verfassungsbrüche begangen worden sind, schlechte Zeiten gewesen sind. *(Abg. Dr. Widder: Das war in der Ersten Republik!)* Na ja, und ich habe gesagt, wer das war, brauche ich auch nicht sagen. *(Abg. Dr. Widder: Die ÖVP nicht! Denn die hat es damals noch nicht gegeben!)* Ich will, Herr Kollege Widder, diesen Geist nicht heraufbeschwören. Diesen Zwischenruf hätten Sie sich ersparen können! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte noch einmal in dieser historischen Stunde sagen: Für uns Sozialdemokraten ist die geschriebene Verfassung natürlich heilig. Aber nicht nur die geschriebene Verfassung. Unsere Aufgabe wird es sein, noch verantwortungsbewußter zu handeln, denn die heutige Verfassungsänderung, und es ist schon davon gesprochen worden, bringt nicht nur eine Mehrheit in der Landesregierung, sie bringt auch große Rechte für die Minderheit. Und was das Kontrollamt und den Kontrollausschuß betrifft, wir in diesem Land haben keine Angst. Und es ist ja vorhin auch angeklungen, was wir alles erleben. Sicherlich ist das bedauerlich, trotzdem hat man versucht, diese Unzulänglichkeiten auch auf unser Land zu übertragen, was aber kläglich gescheitert ist, weil in unserem Land wirklich redlich gearbeitet wird und man sich in diesem Land wirklich bemüht, nach den gesetzlichen Bestimmungen zu arbeiten. Doch noch einmal: von uns wird niemand verteidigt, der gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen hat. Und noch eines möchte ich sagen: Das Burgenland hat auch in der Vergangenheit bewiesen, daß es bereit war,

nach den Regeln der Politik, nach der geschriebenen Verfassung und nach den Gesetzen, aber auch nach ungeschriebenen Regeln zu arbeiten.

Und deshalb möchte ich noch einmal sagen: Die Verfassung, die wir heute beschließen, ist das Werk einer langjährigen Entwicklung. Sicherlich auch einer Entwicklung, die vom Wähler nicht unbeeinflusst geblieben ist. Ich habe es daher für notwendig befunden, auf die einzelnen Verfassungsänderungen hinzuweisen. Es hat aber auch eine Änderung gegenüber den Novellen zur Landesverfassung gegeben. Zum Beispiel wurde in der Novelle 1975 die Wahl des Landeshauptmannes und gleichzeitig auch seine Abwahl geregelt. Nach der derzeit gültigen Verfassung kann der Landeshauptmann nur mit zwei Dritteln der Stimmen abgewählt werden. In der neuen Verfassung genügt eine Stimme mehr als die einfache Mehrheit. Ich glaube, auch das ist eine entscheidende Änderung und wird dem Landeshauptmann, der Stellung des Landeshauptmannes noch mehr Verantwortung übertragen, denn ein mit zwei Dritteln abwählbarer Landeshauptmann sitzt sicherer als einer, der mit nur einer Stimme Mehrheit abwählbar ist. Es wird damit auch für den Landeshauptmann ein Mehr an Verantwortung geben. Deshalb glaube ich hier sagen zu müssen, daß von unserem Landeshauptmann Kery selbst die Forderung nach dieser Bestimmung gekommen ist. Er hat im Klub diese Bestimmung verlangt, da er seine Arbeit immer so verstanden hat.

Ich möchte auf noch ein Problem hinweisen, das in der Verfassung ebenfalls nicht geregelt war, nämlich die Problematik des Landtagspräsidenten. Der Landtagspräsident ist wahrlich eine Zentralfigur in der Gesetzgebung und derzeit ist es so, daß der Landtagspräsident überhaupt unabwählbar ist. Nach der neuen Verfassung ist es nun auch möglich, den Landtagspräsidenten abzuwählen. Aber ich bin sicher, daß beides nicht notwendig sein wird, denn sowohl ein Landeshauptmann, wie ein Landtagspräsident werden sicherlich so agieren, daß diese Bestimmungen nur geschriebenes Wort bleiben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun noch etwas zu einigen Bestimmungen, von denen hier schon sehr viel gesprochen wurde und die neu in der Verfassung verankert sind. Die Träger der politischen Verantwortung, nämlich die Parteien und die dazugehörigen Landtagsklubs, waren bis jetzt überhaupt nicht in der Verfassung verankert. Außerdem wurde auch die Landtagsdirektion in der Verfassung verankert, und es gibt neue Bestimmungen über die Immunität, den Mandatsverzicht und die Vertretung der Präsidenten des Landtages. Auch diese Probleme wurden geregelt. Das Fragerecht wurde ebenfalls geregelt.

Und wenn Kollege Stix vorhin davon gesprochen hat, daß in der letzten Legislaturperiode ein neuer Weg in der Gesetzgebungsarbeit gegangen worden ist, nämlich Ausschüsse im sogenannten außerparlamentarischen Raum zu bilden, so folgt dem in der neuen Verfassung eine Regelung betreffend die Lan-

desausschüsse. Neu in der Verfassung ist aber auch eine Verpflichtung der Landesregierung, Regierungserklärungen abzugeben und den Landtag über wichtige Vorhaben zu informieren.

Was ich für besonders wichtig erachte, sind die neuen Bestimmungen über das Budget. Die älteren Abgeordneten werden sich erinnern, daß wir in diesem Haus – ich will gar nicht darüber reden, ob es gut oder schlecht war, für die Abgeordneten war es sicherlich nicht gut – zwischen Weihnachten und Neujahr das Budget behandelt haben. In der neuen Verfassung ist zwingend vorgeschrieben, daß die Regierung das Budget zeitgerecht vorzulegen hat. Damit verbunden ist die Vorlage eines Finanzplanes, eines mittelfristigen Finanzkonzeptes, für eine neue Funktionsperiode, und es sind auch Regelungen für ein Voranschlagsprovisorium, weil wir auch dieses Problem bereits mehrmals hatten und es dabei Diskussionen gegeben hat, ob wir rechtens gehandelt haben, oder nicht.

Die neue Verfassung, ich habe es schon erwähnt, beinhaltet auch das Volksbegehren, die Volksabstimmung, die Volksbefragung, die Bürgerinitiative und Bürgerbegutachtung. Alles Elemente, die sicherlich dazu beitragen werden, dem demokratischen Leben in unserem Lande neue Impulse zu geben. Verbunden damit ist die Änderung der Geschäftsordnung des Landtages, in der alles, was auf Grund der neuen Verfassung notwendig geworden ist, verankert ist.

Es ist heute auch davon schon gesprochen worden, daß diese Verfassungsbestimmungen nicht nur geschriebenes Wort bleiben sollen, sondern daß diese Verfassungsbestimmungen auch mit einem entsprechenden Geist erfüllt werden sollen. Ich glaube, die letzten zwei Jahre im Verhandlungsausschuß haben gezeigt, daß dort, wo ehrlicher Wille vorhanden ist, und dort war ehrlicher Wille vorhanden, liebe Freunde, das kann ich sagen, dort hat man sich wirklich bemüht zusammenzuarbeiten, auch entsprechende Erfolge erzielt werden können. Und ich kann sagen, daß dies sicherlich auch besser ist, als zum Fenster hinaus zu reden. Daß man sich bemüht hat, hat diese Arbeit gezeigt.

Ich habe bei der Begründung dieser Anträge schon allen Beteiligten gedankt und möchte den Dank für diese schwierige Arbeit nur wiederholen. Vor allem möchte ich der Administration danken, hat sie doch fast bis in die letzte Stunde für die Vorbereitung dieser Sitzung gearbeitet.

Ich möchte aber noch eines sagen: Wenn man draußen da und dort, obwohl die Verfassung noch gar nicht in Kraft getreten ist, bereits Kritik über die neue Landesverfassung und die neuen Bestimmungen dieser Verfassung hört, so glaube ich, daß diese Kritik sicherlich voreilig ist. Man sollte mit der Verfassung doch Geduld haben, denn sicherlich ist, und davon ist auch schon gesprochen worden, die Einigung ein Kompromiß. Es war ja nicht anders möglich. Wenn sich nämlich zwei Parteien auf Grund der

gesetzlichen Bestimmungen, und für die Verfassungsänderung ist eine Zweidrittelmehrheit notwendig, über eine Materie einigen müssen, muß es da und dort Abstriche geben. Aber ich glaube mit gutem Gewissen sagen zu können, daß beide Seiten sich bemüht haben, im Interesse des weiteren politischen Lebens unseres Landes, das beste aus der gegebenen Situation herauszuholen. Und unser Land hat in seiner sechzigjährigen Geschichte sicherlich eine bewegte Zeit gehabt.

Zum Schluß vielleicht auch noch eines. Der Kollege Stix hat hier in diesem Haus auch von der laufenden Wahlperiode gesprochen. In der jetzigen Wahlperiode hat die sozialistische Fraktion eine Mehrheit von zwanzig zu sechzehn in diesem Haus. Und wie oft hat die sozialistische Fraktion von dieser Zwanzig- zu Sechzehnmehrheit Gebrauch gemacht? Nie! Wir haben alle Gesetze, die wir in der letzten Zeit beschlossen haben, einstimmig beschlossen. Ist das nicht ein Beweis des ehrlichen Bemühens zur Zusammenarbeit? Es ist doch unweigerlich so, daß in einem solchen Fall die stärkere Fraktion in manchen Fällen mehr von ihrem Standpunkt abweichen muß, als es die Minderheit muß, denn sie muß ja damit rechnen, daß sie von Haus aus nicht durchkommt. Und zeigt es nicht von Verantwortungsbewußtsein, gerade der sozialistischen Fraktion in diesem Hause, wenn wir all diese Gesetze mit Ihnen gemeinsam beschlossen haben? *(Beifall bei der SPÖ.)*

So möchte ich sagen, daß die Beschlußfassung der heutigen Gesetze für dieses Land sicherlich von historischer Bedeutung ist. Und daß sie nicht nur von historischer Bedeutung bleiben, sondern daß diese Gesetze von dem Geist erfüllt werden, der in der letzten Zeit und in den letzten Stunden in diesem Haus geherrscht hat, dazu, glaube ich, sollten wir alle beitragen, denn das wäre das schönste Geschenk für das sechzigjährige Jubiläum unseres Landes. Ich danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet ist Herr Landesrat Dr. Mader.

Landesrat Dr. Mader: Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bitte um Nachsicht, Vergebung und Verständnis, wenn ich mich nun auch noch in der Debatte um die Verfassung von der Regierungsbank zu Wort gemeldet habe. Aber als Sprecher der SPÖ-Fraktion im gemeinsamen Parteienverfassungsausschuß bin ich auch meinerseits verpflichtet, allen Mitgliedern dieses Ausschusses für ihre sachkundige und so engagierte Mitarbeit zu danken und ich möchte bei dieser Gelegenheit den Dank, den mir der Abgeordnete Dr. Widder für faire Zusammenarbeit ausgesprochen hat, von dieser Stelle aus an ihn zurückgeben. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich möchte allerdings auch nicht verhehlen, daß für mich die Mitarbeit an der Burgenländischen Landesverfassung irgendwie zum Schönsten

zählt, das mir in der Landespolitik vergönnt war, zu tun. Und dafür möchte ich auch allen, angefangen vom Herrn Landeshauptmann, herzlich Dank sagen.

Und nun, meine Damen und Herren, wirklich nur einige Gedanken. Zur Regierungsstruktur möchte ich sagen, daß die Aufstockung der Regierungsmitglieder sicherlich bedeutet, daß in Zukunft Mehrheitsentscheidungen in der Landesregierung möglich sein werden. Und es besteht und bestand Übereinstimmung darüber, daß die Neuverteilung der Referate aus Anlaß der jeweiligen Regierungsbildung der Zustimmung der zweiten Regierungspartei bedarf. Ich möchte jedoch, übereinstimmend mit Abgeordneten Dr. Widder, darauf hinweisen, daß bei den Besprechungen die Frage offen blieb, ob bis zur neuen Referatsverteilung Kollegialbeschlüsse möglich sind oder nicht. Ich glaube aber, wenn es gelingt, dazu eine politische Praxis zu entwickeln, ich habe jetzt auf die Erläuternden Bemerkungen angespielt, einen Stil zu entwickeln, der ohne und die ohne Vorschriften funktioniert, wird es sicher im Geist der Verfassung und im Geist der Zusammenarbeit sein und diesem entsprechen.

Bei der Reform der Geschäftsordnung des Landtages und beim Einbau der direkten Demokratie lag unserem Reformkonzept die Überlegung zugrunde, daß bei einer Proporzregierung nur eine Bereichsopposition in Frage kommt, sodaß dem Fehlen einer echten Opposition durch eine verstärkte Kontrolle, die auch der Minderheit zustehen muß, und durch ein möglichst umfassendes Angebot an Einrichtungen der direkten Demokratie gegengesteuert werden müßte. Und dadurch, Hohes Haus, haben wir aber nicht nur die eigene Verfassungsstruktur sehr positiv verändert, sondern zweifellos auch einen echten Beitrag zur österreichischen Demokratiereform geleistet. Denn wir sind jetzt jenes Bundesland, in dem die Minderheit die weitesten Minderheitsrechte und der Bürger das umfassendste Angebot an Einrichtungen der direkten Demokratie hat.

Und so möchte ich zum Abschluß nur noch ein paar Sätze sagen. Für das Werden dieser neuen Verfassungsordnung waren besondere Anstrengungen notwendig. Ich glaube, daß besondere Anstrengungen auch notwendig sein werden, um diese gesetzten Normen auch im Sinne und im Geiste der Verfassung dann nach dem 4. Oktober 1982 anzuwenden. Und dabei wird es darauf ankommen, von dieser Verfassung und ihren Rechten nach dem 4. Oktober 1982 richtig, das heißt, ohne Mißbrauch Gebrauch zu machen. Denn das demokratische System untergräbt seine eigene Glaubwürdigkeit, sowohl dann, wenn es seine Rechte nicht gebraucht, als auch dann, wenn es seine Rechte mißbraucht.

Und so habe ich aus Anlaß des heutigen Tages nur noch zwei Wünsche: Nämlich die, daß die Gesetze, die auf Grund dieser neuen Verfassung in diesem Haus beschlossen werden, immer von jenem Geist erfüllt sein mögen, mit dem unsere Landesver-

fassung erarbeitet wurde und dem demokratischen System im Burgenland wünsche ich, daß es sich mit Hilfe dieser neuen Verfassung bewähren und ständig erneuern möge. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Ich erteile nunmehr das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Dax.

Abgeordneter **Dr. Dax** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im großen Paket der Verfassungsreform nimmt für die Bevölkerung und interessierte Öffentlichkeit die neue Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages sicherlich nur einen bescheidenen Platz ein. Ist sie doch „nur“ die Regelung der Geschäftsführung des Landtages, seiner Organisation und des Verfahrens, die fast nicht nach außen wirkt, und faktisch nur für die Abgeordneten von Bedeutung erscheint.

Trotzdem glaube ich, daß sie in ihrer Wirksamkeit weit darüber hinausgeht, daß sie wesentlich das politische Klima im Land mitgestaltet und daß sie auch Gradmesser dafür ist, welche Stellung der Landtag im politischen Leben des Landes einnimmt, wie demokratisch dieses politische Leben eingerichtet ist und ob die Worte „Kontrolle der Landesregierung“ und „Rechte der politischen Minderheiten“ nicht nur Schlagworte ohne Inhalt sind.

Immer wieder begegnet man dem vielleicht berechtigten Vorwurf, daß Fragen der parlamentarischen Geschäftsordnung fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit behandelt werden.

Daher möchte ich heute im Rahmen dieser festlichen Sitzung die Gelegenheit wahrnehmen, um die Bedeutung der Geschäftsordnung als Grundlage des parlamentarischen Geschehens hervorzuheben und auch die interessierte Öffentlichkeit mit diesen Fragen zu konfrontieren.

Da die Beschlußfassung in das sechzigste Jubiläumsjahr des Burgenlandes fällt, soll dies Anlaß sein, zurückzublicken, die Entwicklung von den Anfängen her kurz zu beleuchten, aber auch Ausschau zu halten in die Zukunft, was diese Geschäftsordnung an Neuerungen bringen wird.

Die verfassungsrechtliche Eingliederung des Burgenlandes in die Republik Österreich war, abgesehen vom Artikel 2 der Bundesverfassung durch drei Marksteine gekennzeichnet. Durch das erste Bundesverfassungsgesetz für das Burgenland vom 25. 1. 1921 über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung, durch das zweite Bundesverfassungsgesetz für das Burgenland vom 7. 4. 1922, mit der einstweiligen Landesordnung und der Landtagswahlordnung und durch den Zusammentritt des neugewählten Burgenländischen Landtages am 15. 7. 1922.

Im zweiten Verfassungsgesetz für das Burgenland wurde ausgesprochen, daß bis zur Erlassung

einer Geschäftsordnung für den Landtag die Geschäftsordnung für den Nationalrat sinngemäß Anwendung zu finden habe. Daß diese sinngemäße Anwendung mit vielerlei Problemen verbunden war, zeigen die verschiedenen Anfragen und Debatten im Landtag.

Schon in der vierten Sitzung am 2. 8. 1922 erklärt der Präsident, daß es eine der nächsten Aufgaben des Rechtsausschusses sein werde, eine neue Geschäftsordnung auszuarbeiten. Trotzdem kommt es erst im April 1924 zu einem Entwurf, der von den Mehrheitsparteien vorgelegt wird. Die Minderheit stellt Abänderungsanträge, die jedoch alle im Plenum abgelehnt werden.

Ich habe mir die Landtagsprotokolle angeschaut und, was bemerkenswert ist, herausgefunden, daß fünf dieser Anträge, die seinerzeit bei der Beschlußfassung der geltenden Geschäftsordnung abgelehnt worden sind, zum Teil noch verbessert in die neue Geschäftsordnung eingebaut wurden.

Die geltende Geschäftsordnung lehnt sich wesentlich an die damalige Geschäftsordnung des Nationalrates an und bringt nur dort Änderungen, wo sie in der unterschiedlichen Mitgliederzahl von Nationalrat und Landtag begründet sind. In der Debatte gibt es seitens der Minderheit harte Worte, ich zitiere wörtlich: „Das ist kein Gesetz der freien Meinungsäußerung, sondern mehr ein Überbleibsel aus der Banditenzeit.“ „Dieses Gesetz ist eine Schande für die Republik.“ Trotz dieser Einwände hat die Geschäftsordnung die Jahre überdauert und bildet mit geringfügigen Abänderungen noch heute die Grundlage unseres parlamentarischen Lebens.

Sie führt aber trotzdem dazu, daß es immer wieder Geschäftsordnungsdebatten und auch Neuerungs-vorschläge gibt, die aber zu keiner eigenen Novelle führen. Zum Beispiel im Oktober 1929, daß bei Proporzahlen nur die Stimmzettel der Partei abzusammeln sind, die Mitglieder in einen Ausschuß entsenden, oder im Dezember 1930, daß bei der Wahl der Präsidenten jeweils nur die Abgeordneten der eigenen Partei wählen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird, um ein Funktionieren der Gesetzgebungsorgane zu ermöglichen, mit dem zweiten Verfassungsübergangsgesetz bestimmt, daß mit der ersten Sitzung des Nationalrates auch die Geschäftsordnungen der Landtage mit Stand vom 5. 3. 1933 wieder in Wirksamkeit treten. Abgesehen von zwei weiteren Änderungen, es werden die Bestimmungen über die Entschädigung der Abgeordneten durch das Bezügegesetz und die Bestimmung des Paragraph 60 A über das Mitbestimmungsrecht des Präsidenten auf Grund einer Verfassungsgerichtshofbeschwerde aufgehoben, stellt sich heute die Geschäftsordnung des Landtages noch als eine der wenigen Rechtsvorschriften dar, die aus dem ersten Jahrzehnt unseres Bundeslandes stammen und die ihre Wurzeln in noch älteren, noch teilweise aus

der Zeit der Monarchie übernommenen Rechtsvorschriften haben.

Meine Damen und Herren! Es war daher selbstverständlich, daß mit der Reform der Landesverfassung auch eine Neuordnung der Geschäftsordnung des Landtages verbunden sein mußte, da ja die neuen Bestimmungen in der Landesverfassung auch eine Änderung in der Geschäftsordnung bedingen. Daneben sollten die Kontrollrechte des Landtages und der einzelnen Abgeordneten ausgebaut, die Stellung des Landtages gestärkt und bisher schon teilweise geübte und bewährte Praktiken und Vorgangsweisen eingebaut werden.

Nach Artikel 18 der geltenden Landesverfassung gibt sich der Landtag seine Geschäftsordnung durch Beschluß. Nach Paragraph 80 B der bisherigen Geschäftsordnung müssen Anträge auf Abänderung selbständig eingebracht werden. So stellt auch die Neuordnung der Geschäftsordnung einen Initiativantrag aller Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag dar, der in langen Verhandlungen gemeinsam erarbeitet wurde und der auch von beiden im Landtag vertretenen Parteien getragen wird. Die Bundesverfassung sieht nur vereinzelte Regelungen über die Geschäftsführung der Landtage vor, sie überläßt es dem Landesverfassungsgesetzgeber unter Bindung an das System der parlamentarischen Demokratie und an die Grundsätze der Bundesverfassung, Vorschriften über die Geschäftsführung des Landtages zu erlassen.

Der Landesgesetzgeber hat von dieser Freiheit und von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht und sehr eingehende Bestimmungen über die Geschäftsführung des Landtages in die neue Landesverfassung eingebaut. Wobei Entwicklungstendenzen berücksichtigt und auch neue Wege begangen wurden.

Das politische System in Österreich kann heute als Parteiendemokratie charakterisiert werden, das heißt, eine systematische Verknüpfung und Überlagerung der Typen des Parteien-, Verbände- und Leistungsstaates. Diese Entwicklung hat auch zu einem Funktionswandel in den gesetzgebenden Körperschaften geführt. Das ursprüngliche System der Gewaltenteilung, die strikte Trennung zwischen Parlament als reines Gesetzgebungsorgan und Regierung als reines Vollziehungsorgan, wurde schon in der Bundesverfassung durchbrochen, indem beiden Organen neben ihren Hauptkompetenzen auch Befugnisse der wechselseitigen Einwirkung zugewiesen wurden, der Regierung die Gesetzesinitiative, dem Parlament oder den gesetzgebenden Körperschaften die Mitwirkung an als auch die Kontrolle von Regierungsakten.

In der Gesetzgebung gehen heute die Impulse regelmäßig von der Regierung aus. Der Einfluß des Landtages wird, abgesehen von dem rechtlich beste-

henden Erfordernis einer förmlichen Verabschiedung von Gesetzen auf eine Art Mitwirkung und Kontrolle zurückgedrängt, was auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Gesetzesinitiativen in der überwiegenden Mehrzahl von der Regierung kommen, die Regierungsvorlagen nur relativ selten wesentlich verändert werden, und die große Mehrzahl der Gesetzesbeschlüsse einstimmig gefaßt wird.

Dieser Rückgang des Einflusses des Nationalrates und der Landtage auf die Gesetzgebung läßt in Analysen des österreichischen Parlamentarismus einen Funktionswandel feststellen. Der Typus des Arbeitsparlaments sei von einem Redeparlament abgelöst worden, die Bedeutung in der Willensbildung sei hinter der in der Meinungsbildung zurückgetreten und der Faktor der Öffentlichkeit werde stärker hervorgehoben.

Damit tritt neben die Gesetzgebungsfunktion die zweite Funktion der gesetzgebenden Körperschaften, also die Mitwirkung an der Vollziehung und damit die Kontrolle, immer mehr in den Vordergrund. Darin sehe ich aber keinen Niedergang des Parlamentarismus, sondern einen Wandel, der auch in der Rechtsliteratur schon lange vorausgesehen und beschrieben wurde. Ich zitiere einen britischen Nationalökonom aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts und einen Staatsrechtler am Beginn unseres Jahrhunderts: „Die wichtigste Aufgabe des Parlaments besteht darin, öffentliche Tribüne zu sein, auf der in politischer Wechselrede zwischen Mehrheit und Opposition die gesamte Politik der Regierung diskutiert und damit dem interessierten Publikum zur Vorbereitung seiner Wahlentscheidung präsentiert wird.“ „Die wichtigste Aufgabe, welche dem Parlament neben der Teilnahme an der Gesetzgebung zufällt, ist die stete Kontrolle der Regierung auf Gesetzmäßigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Handlungen.“

Dieser Entwicklung Rechnung tragend stand bei der Reform der Landesverfassung und damit auch der Geschäftsordnung das Problem einer wirksameren Gestaltung der parlamentarischen Kontrolle im Vordergrund. Dies umso mehr, meine Damen und Herren, als mit Beginn der nächsten Gesetzgebungsperiode die Anzahl der Mitglieder der Landesregierung auf sieben erhöht wird. Dies bringt sicher auch Auswirkungen auf die Tätigkeit des Landtages mit sich und macht eine Stärkung der Kontrollfunktion und einen Ausbau der Minderheitsrechte erforderlich. Ich sage bewußt Minderheits- und nicht Oppositionsrechte, denn auch die Erhöhung der Zahl der Regierungsmitglieder macht die zweitstärkste Partei nicht zur Opposition, sondern räumt ihr im Rahmen der Landesverfassung nach wie vor die Mitverantwortung in der Landesregierung und die Mitverantwortung bei der Gestaltung des politischen Lebens ein.

Nach der Rechtslehre wird eine Steigerung der Wirksamkeit der Kontrolle der Volksvertretung vor allem durch folgende vier Schwerpunkte erwartet:

Einmal die Verbesserung der parlamentarischen Information, die Verstärkung der Öffentlichkeit parlamentarischer Kontrolle, den Einsatz unabhängiger Hilfseinrichtungen und die Stärkung der Minderheitsrechte.

Ich möchte ganz kurz untersuchen, wie weit diese Schwerpunkte bei der Neuordnung der Geschäftsordnung Berücksichtigung gefunden haben. Der Verbesserung der parlamentarischen Information dienen einmal die Landesausschüsse, die der Landtag zur Beratung allgemein bedeutsamer Angelegenheiten der Regierungspolitik einsetzen kann und denen neben dem sachlich zuständigen Regierungsmitglied, Mitgliedern des Landtages und die Vorstände der sachlich zuständigen Abteilungen des Amtes der Landesregierung angehören. Sie sollen vor allem auch dazu beitragen, daß die Abgeordneten schon frühzeitig an der Ausarbeitung und Vorbereitung von Vorlagen beteiligt werden.

Gerade in den letzten Monaten hat sich diese Vorgangsweise bereits bewährt. Ich weise auf das Wirtschaftsförderungsgesetz und die laufenden Verhandlungen betreffend die Änderung der Kanalgesetze und die Bauordnung hin. Diese bewährte Einrichtung der Vorgespräche von Abgeordneten, Regierungsmitgliedern, Beamten und Sachverständigen soll nun durch den Einbau der Landesausschüsse in die Verfassung auch verfassungsrechtlich abgesichert werden.

Der Verbesserung der parlamentarischen Information dient auch, daß jedem Abgeordneten das Recht eingeräumt wird, von den Mitgliedern der Landesregierung Auskünfte über Angelegenheiten einzuholen, die Gegenstand einer Verhandlung des Landtages sind, wobei auch die erforderliche Akten Einsicht zu gewähren ist. Zur Verbesserung der parlamentarischen Information könnte natürlich neben der gesetzlichen Regelung der Geschäftsordnung noch beitragen, daß auch für eine ausreichende Ausstattung des Landtages mit technischen Hilfsmitteln gesorgt wird.

Zur Verstärkung der Öffentlichkeit parlamentarischer Kontrolle dadurch, daß diese im Landtag selbst unmittelbar ausgeübt wird; verweise ich auf Artikel 45 der Landesverfassung, was heute auch schon durch den Abgeordneten Moser angeklungen ist, wonach die Landesregierung verpflichtet wird, am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben und auch den Landtag über alle bedeutsamen Regierungsakte frühzeitig zu informieren. Hierher gehört auch die Verpflichtung der Landesregierung, anlässlich der Vorlage des ersten Budgets ihrer Funktionsperiode, einen Finanzplan für die nächsten fünf Jahre vorzulegen.

Einen wesentlichen Schritt in dieser Richtung stellt sicher die Ausweitung des Interpellationsrechtes durch Neueinführung der kurzen mündlichen Anfrage, der sogenannten Fragestunde dar, die sich seit

der Einführung im Nationalrat im Jahre 1961 bestens bewährt hat. Damit wird der parlamentarischen Minderheit, aber auch jedem einzelnen Abgeordneten, das Recht eingeräumt, kurze Anfragen an die Regierungsmitglieder zu richten und damit ihr Verhalten jederzeit der öffentlichen Kontrolle und Kritik zu unterziehen. Zweck dieser Anfrage ist zwar auch Information über den Bereich der Vollziehung, aber im Vordergrund steht sicher die Kontrollwirkung.

Der Einsatz unabhängiger Hilfseinrichtungen wird sicher durch die Einrichtung des Landeskontrollausschusses wesentlich erweitert. Damit wird eine, nur dem Landtag verantwortliche Kontrollinstanz, sozusagen ein Rechnungshof auf Landesebene, geschaffen, der seine Kontrolltätigkeit durch ein Kontrollamt ausübt. In diese Richtung geht auch die schon erwähnte Möglichkeit von einem Drittel der Abgeordneten, eine Durchführung besonderer Akte der Gebarungsprüfung durch den Rechnungshof zu beantragen.

Die Stärkung der Minderheitsrechte sehe ich in erster Linie darin, daß ein Drittel der Abgeordneten nun die Möglichkeit hat, ein Gesetz beim Verfassungsgerichtshof anzufechten, diese Bestimmung wurde schon vorher beschlossen, die Abhaltung einer Enquete zu beantragen, die Einsetzung eines Landesausschusses zu verlangen und auch die Anwesenheit der Regierungsmitglieder bei den Verhandlungen des Landtages und der Ausschüsse zu beantragen.

Daneben wurden noch zahlreiche Rechte der Minderheit und der einzelnen Abgeordneten ausgebaut, beziehungsweise die Erfordernisse für die Antragstellung entsprechend herabgesetzt. So möchte ich nur darauf hinweisen, daß bei Anfragen an die Landesregierung nunmehr, außer der Unterschrift des Fragestellers, nur mehr die eines weiteren Abgeordneten notwendig ist.

Im Lichte dieser neuen Bestimmungen sehen wir, daß beide Parteien bemüht waren, in den Verhandlungen diesen Grundsätzen einer Vermehrung der Kontrollbefugnisse den Vorrang einzuräumen und hier, das gebe ich offen zu, auf beiden Seiten auch einige Abstriche zu machen.

Neben dieser Vermehrung der Kontrollbefugnisse und deren Ausbau sehe ich aber in den neuen Bestimmungen über die Geschäftsführung des Landtages auch eine erhebliche Stärkung der Eigenständigkeit des Landtages. Ich möchte nur hinweisen, daß der neugewählte Landtag nun nicht mehr vom Landeshauptmann, sondern vom Präsidenten des alten Landtages einberufen wird. Daß die Angelobung der Regierungsmitglieder vor dem Landtag zu erfolgen hat und daß dem Präsidenten im Einvernehmen mit dem zweiten und dritten Präsidenten das Recht eingeräumt wird, Änderungen im Text eines Gesetzesbeschlusses zur Behebung von Formfehlern, stilistischen und sinnstörenden Fehlern, vorzu-

nehmen. Diese Ermächtigung wurde 1922 und 1946 in Form von Beschlüssen des Landtages an die Landesregierung erteilt. Dieses Recht des Präsidenten ist nunmehr in der Landesverfassung verankert. Außerdem wurden zahlreiche Bestimmungen, die sich bisher in der Praxis bewährt haben, in die Geschäftsordnung und in die Verfassung eingebaut. So die Landtagsklubs, die Verankerung der Präsidialkonferenz und auch die Bestimmung, daß, wenn mehrere Ausschüsse mit demselben Verhandlungsgegenstand befaßt sind, eine gemeinsame Beratung dieser Ausschüsse und ein gemeinsamer Berichterstatter möglich sind.

Die neue Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages ist nicht nur eine Plenargeschäftsordnung, die nur das Verfahren im Plenum verhältnismäßig detailliert regelt, sondern sieht in den Paragraphen 38 bis 53 auch eingehende Bestimmungen über die Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse und deren Verfahren vor. Sie ist auch nicht nur eine Legislativgeschäftsordnung, die nur das Gesetzgebungsverfahren eingehend regelt, sondern sie widmet auch den im Laufe der Verfassungsentwicklung hinzugekommenen Verhandlungsgegenständen nähere Verfahrensregeln. So ist die Zahl der ausdrücklich angeführten Verhandlungsgegenstände von fünf auf neunzehn angestiegen.

Meine Damen und Herren! Der Gesetzgeber wird uns mit der Landesverfassung und der Geschäftsordnung des Landtages taugliche Instrumente in die Hand geben, um das politische Leben unseres Landes nach demokratischen Grundsätzen führen und gestalten zu können. Gebrauchen wir diese Instrumente im Geiste der gegenseitigen Achtung und Toleranz. Stellen wir das Gemeinsame über das Trennende und sehen wir das oberste Ziel dabei immer im Wohle unserer Bevölkerung und im Wohle unseres Heimatlandes Burgenland. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gelangt nun Herr Abgeordneter Wurglics. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wurglics (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir haben heute im Landtag eine spezielle Gesetzesvorlage zu behandeln, eine Gesetzesvorlage, über die öfters hier im Hause gesprochen und die immer herbeigewünscht wurde. Eine demokratische und moderne Landesverfassung mit einem Paket von jenen Gesetzen beziehungsweise Ausführungsgesetzen, die eine weitere Stärkung der direkten Demokratie in unserem Lande bedeuten. In langen, aber sehr toleranten und konsensbereiten Verhandlungen zwischen den zwei großen Parteien wurde das geschaffen, es wurde bereits hier erwähnt, was Landeshauptmann Kery anlässlich seiner Regierungserklärung verlangt und uns Sozialdemokraten dieses Landes immer vorgeschwebt ist, nämlich optimales Regieren und optimales Kontrollieren. Wir sind immer von dem Standpunkt ausgegangen, daß es der

stärkeren Partei möglich sein muß, dem durch die Bevölkerung erhaltenen Vertrauen durch seine eigenen Regierungsvorstellungen gerecht zu werden. Das Kontrollieren aber, infolge der sich ergebenden Situation, der Verknüpfung der parlamentarischen Interessen mit denen der Regierungsinteressen durch die stärkere Partei, ist in erster Linie Aufgabe der Oppositionsparteien beziehungsweise der schwächeren Parteien.

Die SPÖ des Burgenlandes hat bei all den Verhandlungen über die Verfassung dem Rechnung getragen und daher die sogenannten Minderheitsrechte der schwächeren Partei, aber auch die Rechte der einzelnen Abgeordneten entsprechend gestärkt. Auf die Kontrollrechte des Landtages und der einzelnen Abgeordneten möchte ich nicht näher eingehen, da dies durch meine Vorredner zur Verfassung selbst bereits geschehen ist. Aber unbedingt hervorheben möchte ich, daß erstmalig Einrichtungen der direkten Demokratie in die burgenländische Verfassung eingebaut wurden und damit das politische und demokratische Leben in unserem Lande erweitert und reicher gestaltet wurde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Politik Dienst an der Gemeinschaft ist und es dabei die vornehmste Aufgabe der Politik ist, Gerechtigkeit für die Gemeinschaft zu schaffen, so haben die zwei Regierungsparteien dieses Landes durch die gemeinsame Vorlage des Gesetzes über eine Landesverfassung, aber auch durch die Ausführungsgesetze über die Durchführung von Volksbegehren, von Volksabstimmungen, von Volksbefragungen und über die Bürgerinitiative und Bürgerbegehung dem in einem erhöhten Ausmaße Rechnung getragen.

Das Burgenland ist ein kleines und überschaubares Land. Daher wurden bei den Gesetzesvorlagen über die direkte Demokratie und die von mir aufgezählten Vorlagen die Quoren für die Ermöglichung der Durchführung beziehungsweise Einbringung der einzelnen Initiativen in einer, der Demokratie in unserem Lande gegenüber verantwortungsbewußten Größe, festgesetzt. So muß der Antrag auf Volksbegehren zumindest von dreitausend wahlberechtigten Bürgern unterzeichnet sein. Eine Zuweisung an den burgenländischen Landtag erfordert die Zustimmung von zehntausend wahlberechtigten Bürgern. Auch zehn Gemeinden des Burgenlandes können, bei einstimmigen Gemeinderatsbeschlüssen, ebenfalls einen Gesetzesantrag begehren, wobei die übereinstimmenden Gemeinderatsbeschlüsse innerhalb von sechs Monaten beim Präsidenten des Landtages einlangen müssen. Welche Bedeutung und Wichtigkeit von den beiden Parteien diesem Volksbegehren beigemessen wurde, zeigt sich darin, daß gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung des burgenländischen Landtages bei der Festlegung der Tagesordnung des Landtages, Volksbegehren vor allen übrigen Gegenständen Vorrang haben. Ein echter Schritt zur Miteinbeziehung, aber auch zur Mitverantwortung

der burgenländischen Bevölkerung bei der Beschlußfassung von Gesetzen für unser Land.

Hohes Haus! Ich möchte nicht behaupten, daß die Behandlung der Fragen einer neuen Verfassung und der damit zusammenhängenden Ausführungsgesetze im Burgenländischen Landtag Anlaß war oder ist, daß sich auch das Parlament in Wien nicht nur mit einer Wiederverlautbarung der Bundesverfassung sowie einer Verbesserung der Stellung des Bundesrates, mit einer weiteren Anzahl von Gesetzen, die einer Verbesserung des demokratischen Lebens auf Bundesebene dienen sollen, als Schwerpunktprogramm für die Herbstsession vorgenommen hat. Ich sehe dies eher als einen Aufbruch der politischen Parteien, um festgefahrene Spielregeln des politischen Lebens unter Einbeziehung eines modernen Gedankengutes zu lockern und weiterzuentwickeln. Moderne und lebendige Demokratie muß sich fortentwickeln. Um sich aber fortentwickeln zu können, müssen sich die gesetzlichen Grundlagen, in erster Linie die Verfassung, ebenfalls weiterentwickeln. Diese Weiterentwicklung bewirkt aber gleichzeitig einen politischen Erziehungsprozeß am Mitbürger. Gerade wir Burgenländer, die wir erst seit 60 Jahren ein eigenes Bundesland sind, wobei wir in dieser Zeit auch einige Jahre nicht existent waren, mußten neben der wirtschaftlichen Entwicklung auch eine Phase der politischen Entwicklung durchmachen. Gerade unser Land war geprägt von einem feudalistischen Herrschaftsprinzip, das in unserer Bevölkerung ein gewisses Untertanenbewußtsein hervorgeufen hatte. Allein schon ein Gang zur Behörde oder gar der schriftliche Kontakt mit ihr verursachte bei einem Großteil der Bevölkerung Unbehagen. Dank der Aufgeschlossenheit, des Fleißes und des Fortschrittsglaubens des Burgenländers ist dieser politische Reifungsprozeß geglückt verlaufen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Heute ist der Burgenländer ein selbstbewußter Mensch mit einer gesunden kritischen Einstellung zu den Problemen unseres Landes. Es war daher richtig und gut, in die burgenländische Verfassung einen Artikel aufzunehmen, nach welchem ein Gesetzesbeschluß des Landtages nach Beendigung des Verfahrens, jedoch vor seiner Beurkundung und Gegenzeichnung, einer Volksabstimmung zu unterziehen ist, wenn es der Landtag mit Mehrheit beschließt, oder es von mindestens 15.000 zum Landtag wahlberechtigten Bürgern verlangt wird.

Mit diesem Instrumentarium der direkten Demokratie ist der burgenländischen Bevölkerung ein größeres Mitspracherecht an der Gesetzgebung, aber auch an der Verwaltung überantwortet worden. Die Burgenländer, die stets ein richtiges Augenmaß für die jeweiligen Probleme des Landes bewiesen haben, werden, das ist meine persönliche Überzeugung, diesem demokratischen Recht gerecht werden. Durch die stärkere Miteinbeziehung der Bevölkerung in das staatliche sowie politische Leben soll aber an den

Prinzipien unserer bestehenden Repräsentanzdemokratie nicht gerüttelt werden.

Um aber den Kontakt mit der Bevölkerung stärker aufrechterhalten zu können, und um den Willen der Bevölkerung bei der Planung von Projekten, die eine weitreichende und besondere Bedeutung haben, kennenzulernen, kann die Landesregierung durch Verordnung eine Volksbefragung anordnen. Wobei eine Volksbefragung je nach regionaler Bedeutung der Angelegenheit für das ganze Land oder für Teile des Landes, mindestens aber für den Bereich einer Gemeinde, angeordnet werden kann. Eine Volksbefragung ist aber auch anzuordnen, wenn dies mindestens 10.000 zum Landtag wahlberechtigte Bürger verlangen. Individuelle behördliche Entscheidungen, aber auch Angelegenheiten, die in den eigenen Wirkungsbereich einer Gemeinde fallen, sind nach dem Volksbefragungsgesetz ausgenommen. Es ist und soll kein Ventil der Landesregierung sein, schwierige Probleme einfach dadurch zu lösen, indem man stets den Bürger um seine Meinung fragt. Das durch den Volksentscheid bei einer politischen Wahl erworbene Vertrauen und Verantwortung muß in der Öffentlichkeitsarbeit beziehungsweise in der Regierungstätigkeit stets ihren Niederschlag finden. Ich glaube, daß all diese Gesetze, die die stärkere Mitarbeit aller unserer Bürger am politischen Leben ermöglichen, auch ein Schritt zum Abbau einer eventuell vorhandenen sogenannten Demokratieverdrossenheit unserer Mitbürger oder Interesselosigkeit der jüngeren Menschen an der Politik beinhalten.

Um auch im Bereiche der Verwaltung dem Bürger die Möglichkeit zu geben, stärker mitzuwirken, soll das Gesetz über die Bürgerinitiative und die Bürgerbegutachtung ebenfalls vom Hohen Haus beschlossen werden. Auf Grund dieser Gesetzesvorlage hat jeder Landesbürger das Recht, in allen Angelegenheiten, die von Organen des Landes wahrzunehmen sind, die Vornahme einer bestimmten, den Aufgabenbereich einer Gemeinde übersteigenden Maßnahme durch die Landesregierung zu beantragen. Dies kann sich auf den Bereich der Hoheitsverwaltung, als auch auf den Bereich, wo das Land Träger von Privatrechten ist, erstrecken. Ebenso kann von zehn Prozent der wahlberechtigten Bürger einer Gemeinde, für die die Initiative von unmittelbarer Bedeutung ist, verlangt werden, daß die Landesregierung über das Vorhaben, auf das sich die Initiative bezieht, Auskünfte erteilt. Einem solchen Verlangen ist innerhalb von sechs Wochen zu entsprechen.

Eine Bürgerinitiative hingegen muß von der Landesregierung einer Beratung und Beschlußfassung unterzogen werden, wenn sie von mindestens 25 Prozent der wahlberechtigten Bürger der betreffenden Gemeinde unterstützt wird. In Hinkunft wird und soll auch die Tätigkeit der Verwaltung transparenter, öffentlicher und weniger geheimnisvoll werden. Infolge der gesetzlichen Bestimmungen über die Bürgerbegutachtung von Gesetzesvorschlägen hat die

Landesregierung Vorlagen über Gesetzesentwürfe, die von grundsätzlicher Bedeutung sind, der Öffentlichkeit bekanntzugeben und hat jeder Bürger das Recht, dazu Stellung zu nehmen.

Die Mündigkeit des Bürgers wird in der neuen Verfassung, ausgedrückt durch die von mir aufgezählten Ausführungsgesetze, nur unterstrichen. Sie wird nicht nur unterstrichen, sondern gibt ihm auch die Möglichkeit einer stärkeren politischen Artikulierung und einer stärkeren Solidarisierung im Verhältnis zur Gesetzgebung und Verwaltung auch im Hinblick auf die Begrenzung der politischen Macht und Kontrolle. Wir Sozialisten sind sowohl in der Vergangenheit, wie in der Gegenwart, und werden auch in Zukunft für eine demokratische und solidarische Welt eintreten, wobei wir glauben, daß nicht nur das politische Leben demokratisiert und solidarisiert werden soll, sondern auch das wirtschaftliche Leben. Denn in unserer Welt stellt sich nicht nur die Frage nach der notwendigen Begrenzung und Kontrolle der politischen Macht, sondern auch gegenüber den Inhabern einer weitreichenden wirtschaftlichen Macht, wie zum Beispiel der Konzerne, machtbherrschender Unternehmer und vielleicht auch der Interessenverbände, die durch ihre Größenordnung auch eine politische Macht sein können. Das rechtsstaatliche Prinzip, daß unbeschränkte Macht dem Recht widerspricht, kann und darf nicht nur auf politischem Gebiet allein Geltung haben. Wir sind überzeugt, daß nur in einer Welt, wo die Gemeinschaft das Hauptziel aller politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen sein soll, eher Zufriedenheit und Friede vorzufinden sein wird.

Hohes Haus! Ein breites Spektrum an Möglichkeiten zur politischen Mitarbeit, aber auch an Transparenz der politischen Tätigkeit der öffentlichen Organe wird durch diese Verfassung mit all ihren Ausführungsgesetzen der burgenländischen Öffentlichkeit beziehungsweise dem burgenländischen Volk vorgelegt. In dieser Gesetzesvorlage ist stärker denn je dem Artikel 1 der Österreichischen Bundesverfassung Rechnung getragen, daß jedes Recht vom Volk ausgeht und jedes Recht und Gesetz dem Volke zu dienen hat.

Im sechzigsten Bestandsjahr unseres Heimatlandes ist diese Gesetzesvorlage und Beschlußfassung der Burgenländischen Landesverfassung ein ehrenvoller, demokratischer und freudiger Akt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort gelangt der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Sauerzopf.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Sauerzopf:** Hohes Haus! Es ist an diesem Vormittag schon oft das Wort von der historischen Stunde gebraucht worden. Bei aller Reserviertheit gegenüber großen Worten, die leicht zur Phrase abgleiten könnten, glaube ich, daß dieser Vormittag diese Bezeichnung verdient. Es ist daher notwendig, daß auch der Parteiohmann,

und ich sage das bewußt, der Obmann einer politischen Partei, die in diesem Lande Verantwortung trägt, zur Verfassung einiges sagt. Der Ausgangspunkt des heutigen Ergebnisses ist die Regierungserklärung 1972. Dort ist die Forderung nach optimalem Regieren und optimalem Kontrollieren enthalten. Ich darf erinnern, daß diese Regierungserklärung aus dem Jahre 1972 eine gemeinsame Erklärung war, eine Erklärung von Landeshauptmann Kery ebenso wie von Landeshauptmann-Stellvertreter Soronics. Und das Gemeinsame ist am Beginn dieses Weges, der heute seinen Abschluß gefunden hat, gestanden. Einer der Kernpunkte des Streites war das drei zu drei in der Regierung zu verlassen und damit optimales Regieren zu ermöglichen, auf unserer Seite, und auf der Seite der Sozialistischen Partei, das Zugeständnis einer Vielfalt an Kontrollmöglichkeiten.

Für mich als Landesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei stellte sich die Frage, ob wir dieses drei zu drei verlassen sollen. Und wir haben gemeinsam, im Interesse der Öffnung des Weges zu einer neuen Landesverfassung und damit einer neuen Politik in diesem Lande, dieses drei zu drei bewußt verlassen. Die heutige Landesverfassung ist mehr als ein Kompromiß. Sie ist auch mehr, als das, was heute Anpassung an die Realität genannt wurde. Die heutige Landesverfassung ist etwas Neues, Eigenständiges, sie ist eine große Leistung dieses Landtages und der beiden politischen Kräfte dieses Landes mit österreichweiter Bedeutung.

Ein kurzer Blick in das Verfassungsjahr 1926 zeigt, wie viel sich seither verändert hat. Damals gab es von Beginn an, und es war in den Reden der Debatte zu spüren, Skepsis gegen die neue Verfassung, die zugleich eine aus der Not der Zeit begründete Skepsis an der Lebensfähigkeit dieses kleinen Landes war. Auch gab es Skepsis an den Möglichkeiten einer geordneten Landesverwaltung. Und vielleicht sollte man bei dieser Debatte, in der so viel über Politik und Bürger gesprochen wird, auch anerkennen, daß in diesen letzten sechs Jahrzehnten die burgenländische Landesverwaltung, die vielgeschmähte Bürokratie, großartige Leistungen vollbracht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die heutige Landtagsdebatte zeigt einen wesentlichen politischen Tatbestand auf, der Anlaß gibt, dieser Verfassung eine lange Lebensdauer zuzuschreiben, der breite demokratische Konsens der beiden Parteien nämlich. Bei aller Schärfe der Artikulierung der weltanschaulichen Gegensätze haben wir einen breiten, demokratischen Konsens, ein Bekenntnis zum Föderalismus, zur Eigenständigkeit, zur Parteidemokratie im guten Sinne, und wie die Geschäftsordnung und die Gesetze über die direkte Demokratie zeigen, zum Parlamentarismus in einer neuen Form und zu einem richtigen Erkennen der Bedeutung des aktiven Bürgers an der Willensbildung in diesem Lande. Ich glaube daher, daß das Wort von der historischen Stunde seine Berechtigung hat.

Ich habe bewußt den Parteiobmann angesprochen, denn ich glaube, wir sollten dieses verschämte Versteckenspiel beenden. Politische Parteien sind notwendig in einer Demokratie. Ohne politische Parteien kann eine lebendige Demokratie, kann der Wettstreit der Ideen, die Konkurrenz um bessere Ideen und bessere Gestaltungsmöglichkeiten nicht stattfinden. Und es ist gut, daß unsere Verfassung die politischen Parteien ausdrücklich normiert hat. Wir müssen aber auch die Gefahren sehen, die im Parteienstaat entstehen können. Die Gefahr des Mißbrauchs der Stellung der politischen Parteien und die Gefahr, daß die politischen Parteien in viele Lebensbereiche des Menschen eindringen, wozu sie nicht oder nur am Rande berechtigt sind.

Der Bürger, der einer politischen Partei als Funktionär angehört, gewinnt mit seiner Wahl zum Mandatar eine andere Stellung. Er wird von Funktionär eines privaten Vereines zum Glied eines Staatsorganes. Er wird vom Parteimann zum Staatsmann. Er wird vom Repräsentanten seiner politischen Partei, seiner Gesinnungsgemeinschaft, zum Repräsentanten des Volkes. Auch das steht in der Verfassung. Und wenn zu diesem Verfassungstext noch die Gesinnung kommt, daß er vom Diener seiner Partei zum Diener des Volkes wird, dann wird dieser Konflikt zwischen politischen Parteien und Bürgern, der da ist und den wir nicht verschweigen wollen, seine gute Lösung finden. Ich rede für beide Parteien und bekenne mich dazu, daß jede Partei das beste will. Wir müssen aber die Zeichen der Zeit erkennen!

Das Problem des Mißbrauchs der Macht hat die Verfassung des Landes in idealer Weise gelöst. Denn Macht ist legitim, Mißbrauch der Macht aber ist das, was wir ablehnen müssen. Aber ebenso schädlich wäre die Ohnmacht des Staates, wäre die Ohnmacht der Staatsorgane. Und es sind Zeichen der Zeit zu sehen, wo außerparlamentarische Kräfte im Sinne der Parteiendemokratie diesen Weg anstreben. Die Unregierbarkeit, die vielfach zitiert wird, ist ein Ausdruck der Ohnmacht. Ich glaube, die Burgenländische Verfassung hat hier eine ausgewogene Balancierung zwischen Macht als kontrollierbares, notwendiges Instrument des Regierens und der Kontrolle als Einschränkung der Macht, als Unterwerfung der Macht unter das Recht gefunden. In diesem Sinne bin ich überzeugt, daß das eine gute Verfassung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Landesverfassung ist auch eine moderne Verfassung, denn sie erfüllt den Wunsch des Bürgers nach mehr Teilnahme am Staat. Sie schiebt einen Riegel vor die landläufige Meinung, daß man hier sowieso nichts machen kann, weil sich die Parteien das regeln, oder sich etwas erzwingen. Wir geben mit dieser Landesverfassung der Bevölkerung ein reichhaltiges Instrument von Kontroll- aber auch Gestaltungsmöglichkeiten. Es ist zu hoffen, daß wir viele Bürger finden, Bürger im guten Sinne, die von diesem Instrument Gebrauch machen. Die Zeit des Un-

tertanen ist vorbei, der Bürger sucht nach Gestaltungsmöglichkeiten. Er findet sie im Verfassungsbe- reich vor, ansonsten würde er sie wo anders suchen.

Zum Abschluß noch eines. Es ist möglich, daß viele Kritik an dieser Verfassung üben, daß sie sie als Kompromiß hinstellen. Auch hiezu ein klares Wort. Konsensbereitschaft die zum Kompromiß führt, ist eine Möglichkeit der Lösung von Konflikten, und es gibt keine konfliktfreie Gesellschaft. Die andere Lösung ist die der Gewalt, der Unterdrückung. Diese Lösung führt zum Terror oder zur Resignation des Bürgers. Beide aber münden in die Diktatur.

Unsere Verfassung öffnet viele Wege zur Bestätigung der Parteiendemokratie und zur Betätigung des aktiven Bürgers und ich darf in diesem Sinne sagen, sie ist eine gute Verfassung, eine zeitgemäße Verfassung, dieser Tag ist ein historischer Tag.

Ich hoffe, daß mit dieser Verfassung nach sechs Jahrzehnten, auf die wir mit Stolz zurückblicken, eine glückliche Bewältigung der neuen Zeit mit ihren neuen Problemen möglich sein wird. Die Österreichische Volkspartei wird dazu ihren Beitrag leisten, gemeinsam bei Anerkennung aller demokratischen Kräfte in diesem Lande. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Das Wort hat der Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann **Kery:** Hohes Haus! In der Regierungserklärung vom 3. November 1972 wurde die neue Landesverfassung das erste Mal angekündigt beziehungsweise in Aussicht gestellt. Es war damals schon klar, daß ein so fundamentales Werk – und dieses Beiwort gilt im vollen Sinn – nicht nur eine große Herausforderung an das Landesparlament darstellt, sondern auch unendlich viel Mühe und Zeit kostete. Natürlich trifft es sich gut, daß wir gerade in diesem Jahr – und dazu noch rechtzeitig vor den Jubiläumsfeierlichkeiten – die Landesverfassung beschließen können. In ihr spiegelt sich ein wesentlicher Teil jenes politischen Inhaltes, der sich in unserer sechzigjährigen Geschichte angereichert hat. Die Burgenländer haben jene Reife bewiesen, die erst eine Ausweitung des demokratischen Selbstverständnisses ermöglichen konnte. Selbstbestimmung, Freiheit, Unabhängigkeit und Mitverantwortung sind die Begriffe, von denen unsere Geschichte geformt und gestaltet wurde.

Die Demokratie, so möchte ich formulieren, fand den Weg zum Volk. Unsere neue Verfassung ist also die Wiedergabe eines politischen Bewußtseinsstandes, sozusagen eine nachvollzogene, oder, wenn man will, eine mitvollzogene Reform. Die Zukunft erschlossen haben sich unsere Mitbürger auf der Grundlage einer Vergangenheit, in der die Prioritäten ganz anders gesetzt waren. Damit will ich sagen, daß eine neue Verfassung in gewisser Hinsicht ein Geschenk darstellt, das zumindest so viel Anerkennung wie Verpflichtung bedeutet. In Ihr eröffnen sich

der Demokratie, und damit ihrer gesellschaftlichen und parlamentarischen Wirklichkeit, neue Zukunftsaspekte.

Es bedeutet mir eine große Freude, daß ich als Landeshauptmann allen, die am Zustandekommen dieses größten Gesetzeswerkes des Burgenländischen Landtages in der Zweiten Republik mitgearbeitet haben, danken darf.

In erster Linie gilt dieser Dank unseren Mitbürgern, die durch ihre politische Reife den Boden für dieses Gesetzeswerk bereitet haben. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich danke den Mitgliedern des Parteienverfassungsausschusses und allen Abgeordneten zum Burgenländischen Landtag.

Ich bin überzeugt, daß dieses Werk ein Ausdruck unserer Gemeinsamkeit ist und daß wir diesen Weg des Miteinander im Geiste der neuen Landesverfassung auch in Zukunft fortsetzen werden, trotz verschiedener Auffassungen. Bei allem Respekt vor divergierenden Meinungen finden wir uns immer wieder im gleichen, einigenden Prinzip, in der Liebe zu unserem Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor.

Die Berichterstatter haben nunmehr das Schlußwort. Herr Abgeordneter Dr. Schmall? *(Abgeordneter Dr. Schmall: Ich verzichte!)* Er verzichtet! Frau Abgeordnete Zipser? *(Abgeordnete Elli Zipser: Ich verzichte!)* Sie verzichtet! Herr Abgeordneter Posch? *(Abgeordneter Posch: Ich verzichte!)* Er verzichtet ebenfalls.

Wir kommen nunmehr zur gesonderten Abstimmung über jeden einzelnen Punkt der Tagesordnung.

Ich lasse zuerst über den Bericht des Rechtsausschusses betreffend den Antrag der Abgeordneten Karl Stix, Dipl. Ing. Johann Karall, Rudolf Moser, Dr. Günter Widder, Ivan Wurglics, Dr. Wolfgang Dax und Genossen auf Erlassung eines Landes-Verfassungsgesetzes über die Verfassung des Burgenlandes, Zahl 13 – 76, abstimmen. Da es sich bei dieser Vorlage um ein Landes-Verfassungsgesetz handelt, ist eine Beschlußfassung nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und nur mit Zweidrittelmehrheit möglich.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Landesverfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes in der vorliegenden Fassung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. – Das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes ist bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Hohen Hauses und mit mehr als zwei Drittel der Stimmen in z w e i t e r Lesung angenommen.

Der Herr Berichterstatter hat die sofortige Vornahme der dritten Lesung beantragt. Ich ersuche daher jene Abgeordneten, die dem Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes auch in dritter Lesung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Sitzen zu erheben. – Das Landes-Verfassungsgesetz über die Verfassung des Burgenlandes ist auch in dritter Lesung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit a n g e n o m m e n .

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den zweiten Punkt der Tagesordnung, dem Burgenländischen Volksbegehrengesetz, Zahl 13 – 77.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Gesetz in der vorliegenden Fassung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. – Das Gesetz ist damit in z w e i t e r Lesung angenommen.

Die Frau Berichterstatter hat die sofortige Vornahme der dritten Lesung beantragt. Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Burgenländischen Volksbegehrengesetz in der vorliegenden Fassung auch in dritter Lesung die Zustimmung erteilen, sich zu erheben. – Ich stelle die Annahme des Burgenländischen Volksbegehrengesetzes auch in dritter Lesung fest.

Als nächstes folgt die Abstimmung über den dritten Punkt der Tagesordnung, das Burgenländische Volksabstimmungsgesetz, Zahl 13 – 78. Da diese Gesetzesvorlage im Paragraph 9 Absatz 1 eine Verfassungsbestimmung enthält, ist eine Beschlußfassung hinsichtlich dieser Gesetzesstelle nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und nur mit Zweidrittelmehrheit möglich.

Ich ersuche jene Abgeordneten, die dem Gesetz in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen, sich zu erheben. – Das Gesetz ist damit in z w e i t e r Lesung angenommen. Hinsichtlich der Verfassungsbestimmung im Paragraph 9 Absatz 1 mit mehr als zwei Drittel der Stimmen.

Der Herr Berichterstatter hat die sofortige Vornahme der dritten Lesung beantragt. Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die dem Burgenländischen Volksabstimmungsgesetz auch in dritter Lesung die Zustimmung erteilen wollen, sich zu erheben. – Das Burgenländische Volksabstimmungsgesetz ist somit auch in d r i t t e r Lesung, hinsichtlich der Verfassungsbestimmung im Paragraph 9 Absatz 1 mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit a n g e n o m m e n .

Ich lasse nunmehr über den vierten Punkt der Tagesordnung, das Burgenländische Volksbefragungsgesetz, Zahl 13 – 79, abstimmen und ersuche jene Abgeordneten, die diesem Gesetzesantrag ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von ihren Sitzen zu erheben. – Das Burgenländische Volksbefra-

gungsgesetz ist damit in der vorliegenden Fassung in z w e i t e r Lesung angenommen.

Der Herr Berichterstatter hat die sofortige Vornahme der dritten Lesung beantragt. Ich ersuche daher jene Abgeordneten, die dem Burgenländischen Volksbefragungsgesetz auch in dritter Lesung die Zustimmung erteilen, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Ich konstatiere die A n n a h m e des Burgenländischen Volksbefragungsgesetzes auch in d r i t t e r Lesung.

Es folgt nun die Abstimmung über den fünften Punkt der Tagesordnung, den Bericht des Rechtsausschusses über den Antrag betreffend die Erlassung eines Gesetzes über die Bürgerinitiative und die Bürgerbegutachtung, Zahl 13 — 80.

Ich ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Gesetzesantrag in der vorliegenden Fassung zustimmen wollen, sich zu erheben. — Das Gesetz ist damit in z w e i t e r Lesung angenommen.

Der Herr Berichterstatter schlägt auch dazu die sofortige Vornahme der dritten Lesung vor. Ich ersuche daher jene Abgeordneten, die dem Gesetz auch in dritter Lesung die Zustimmung erteilen, sich zu erheben. — Das Gesetz ist somit auch in d r i t t e r Lesung a n g e n o m m e n .

Als letztes lasse ich nun über den sechsten Punkt der Tagesordnung, die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, Zahl 13 — 81, abstimmen. Für die Beschlußfassung über das Gesetz betreffend die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages ist die Anwesenheit der Hälfte und die Zustimmung von mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Landtages erforderlich.

Ich ersuche daher jene Damen und Herren Abgeordneten, die der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages in der vorliegenden Fassung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages ist somit in z w e i t e r Lesung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit angenommen.

Der Herr Berichterstatter hat die sofortige Vornahme der dritten Lesung beantragt. Ich ersuche daher jene Abgeordneten, die dem Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages ihre Zustimmung erteilen, sich zu erheben. — Das Gesetz über die Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages ist somit auch in d r i t t e r Lesung mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit a n g e n o m m e n .